

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Groener verhöhnt SPD

Wieder Sturmszenen und Ausschlüsse im Reichstag / Reichswehrdebatte

Berlin, 24. Februar 1932.

Zu Beginn der Mittwochsitzung des Reichstags nahm Reichsminister Groener das Wort, um auf die Zwischenfälle in der gestrigen Sitzung zurückzukommen. Dr. Goebbels, so erklärte der Minister, hat gesagt: „Sage, wer Dich lobt, und ich sage Dir, wer Du bist. Hindenburg gelobt von der Partei der Deserteure...“ Als Mitglied der Reichsregierung und als Vertreter der Wehrmacht habe ich den Auftrag, diese ungeheuerliche Aeußerung des Abg. Goebbels als eine Beleidigung nicht nur des Herrn Reichspräsidenten (Zuruf rechts: Stimmt ja gar nicht!), sondern des ganzen Volkes auf das entschiedenste zurückzuweisen. (Beifall in der Mitte, Lärm bei den Nationalsozialisten.) — Der Präsident schließt die Abgeordneten Dr. Ley (Nationalsozialist) und Kleiner (Deutschnational) wegen beleidigender Zurufe von der Sitzung aus.

Abgeordneter Dr. Frick (Nationalsozialist) erwidert kurz, er müsse feierlich Einspruch gegen die Erklärung des Ministers erheben. Es handle sich hier um eine völlige Entstellung des wahren Tatbestandes. (Beifall der Nationalsozialisten — Widerspruch links und in der Mitte.)

Oratorisch sehr wirkungsvoll, aber sachlich ganz enttäuschend, ist die Rede des Abgeordneten Breitscheid, bei deren Beginn die Nationalsozialisten alsbald den Saal verlassen, nicht ohne vorher in wirkungsvollen Störungsversuchen ihr Können auf diesem Gebiete gezeigt zu haben, wobei ihr Abgeordneter Vetter aus dem Saale gewiesen wird. Breitscheid versucht die Zustimmung seiner Partei zur Kandidatur Hindenburgs zu rechtfertigen. Er wird etwas verlegen und bedrückt und scheint seines Auftrages nicht recht froh zu werden. Etwas lebhafter wird er erst, als er über den „Zerfall der Harzburger Front“ kleine ironische Bemerkungen loslassen kann. Ueber die noch nicht gelöste Frage von Hitlers Staatszugehörigkeit sagt er: Der Vorwurf, daß das deutsche Volk einen so verdienten Mann nicht in seine Reihen aufgenommen habe, sei unberechtigt, da Hitler bisher verschmäht habe, einen dahingehenden Antrag zu stellen. Er verteidigte dann die Erfüllungspolitik der SPD und sah sich hier zu Zugeständnissen genötigt, die er vor noch nicht langer Zeit als nationalistische Phrasen gegeißelt haben würde. Weiter erging sich der sozialdemokratische Redner in bewegten Zureden an die bürgerlichen Parteien des Hauses.

„Haben Sie keine Angst vor dem Worte Sozialismus!“

redete er ihnen zu und mahnte die Regierung, „nicht bloß Banken zu stürzen“. Dann wendete er sich an den auf der Ministerbank sitzenden General von Schleicher, forderte ihn auf, ein Reichsgerichtsurteil vom Februar des Vorjahres nachzulesen, das die Zersetzung der Nazis in der Reichswehr feststellt, und erinnerte ihn wie Groener daran, daß der nationalsozialistische Abgeordnete Strasser den Minister einen „Eidbrecher“ und einen Mann des Hochverrats genannt habe. Breitscheid fuhr fort: Wenn die beiden Herren, die dort stehen, es persönlich so leicht nehmen: der Staat kann es nicht so leicht nehmen!“

Zu den Kommunisten gewendet fuhr er fort und fragte, ob sie, wie sie 1925 Hindenburg zum Siege verholfen hätten, diesmal Hitler zum Siege verhelfen wollen. Ernst Moritz Arndts Wort: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte“ sei der Wahlspruch der Eisernen Front.

Nach dem sozialdemokratischen Redner bestieg

Der Hunger wütet

40 Prozent aller Essener leben aus öffentlichen Mitteln

Essen, 24. Februar 1932.

In der heutigen Jahresversammlung der in der Essener städtischen Wohlfahrtspflege ehrenamtlich tätigen Pflegerinnen und Pfleger teilte Beigeordneter Dr. Fischer mit, daß alles zusammen gerechnet rund 40 Prozent der Essener Bewohner, das sind rd. 250 000 Menschen, aus öffentlichen Mitteln ein karges Leben fristen müßten.

der Reichswehrminister Groener nochmals die Tribüne. Er gab die angekündigte Erklärung über die Beweggründe für seinen Erlaß ab, mit dem den Nazis der Eintritt in die Reichswehr ermöglicht wird. Dieser Erklärung, von der vorher die sozialdemokratischen und demokratischen Blätter gewußt hatten, daß sie der sozialdemokratischen Empörung Konzessionen machen werde, stellte sich als eine

vollendete Provokation gegenüber der Sozialdemokratischen Partei

heraus, wie sie seitens der Regierung in diesem Hause seit fast einem Menschenalter nicht erlebt worden ist. Man muß weit zurückgehen in der Geschichte des Reichstags, um ähnlich frivole Regierungserklärungen gegen die Sozialdemokratie aufzufinden. Groener sagte:

„Ich stelle fest, daß Herr Hölttermann in seiner Rede in Dessau und in einem an mich gerichteten Brief als das Ziel des Reichsbanners bezeichnet hat, dem Gerede vom Bürgerkrieg ein Ende zu machen. Er hat es abgelehnt, daß das Reichsbanner sich mit der Aufstellung von illegalen polizeilichen Verbänden befasse, eben so wie es sich nicht illegal mit militärischen Organisationen beschäftige.“

Wenn der neue Herr Bundesführer des Reichsbanners diese seine Richtlinien der Zurückhaltung bei der Leitung und den Einheiten seines Bundes durchzusetzen in der Lage ist, so wird er der öffentlichen Ruhe dienen, zu deren Aufrechterhaltung im Falle der Not allein die gesetzlichen Machtmittel des Staates berufen sind.

In diesem Sinne habe ich in meinem Antwortschreiben an Herrn Hölttermann seine loyale Erklärung ganz besonders begrüßt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß wir uns auf dem Gebiete der körperlichen und geistigen Jugendertüchtigung finden werden.

Drei Hauptangriffe werden gegen den Erlaß geführt:

Sie unterstellen einen Kurswechsel des Reichswehrministers, angebliche Vorleistungen an die Nationalsozialisten und die Auslieferung der Reichswehr an politische Einflüsse.

Mein Standpunkt über die Einstellung in die Wehrmacht ist im Grundsatz unverändert. Ich habe ihn mit den Worten des jetzigen Erlasses im März des vorigen Jahres im Reichstag festgelegt, unter lebhaftem Beifall der Mehrheit dieses hohen Hauses.

Die praktische Anwendung dieser Grundsätze gebietet jetzt, die Einstellung in die Wehrmacht auch für Angehörige der NSDAP freizugeben unter einschneidenden Sicherungen, auf die ich später eingehe.

Was sind die Gründe dafür?

Man wittert eine Vorleistung an die NSDAP.

Wohl aber geht eine Vorleistung der Führung der Nationalsozialisten meinen Erlaß voraus. Das ist der Verzicht auf jegliche Zersetzungsarbeit in der Wehrmacht seit Jahr und Tag, die wiederholt mir abgegebenen Erklärung des „Führers“.

In dem Lärm, in dem dieser Teil der Erklärung Groeners fast untergeht, ergänzt er den von ihm genannten „Führer“ durch „die Worte seiner Partei“. Dann betont er, „daß er jeden Mann seiner Partei, der solches unternimmt, rücksichtslos entfernen wird (Erregte Zwischenrufe auf der Linken: „Haben die ja gar nicht nötig!“ und: „Glaubt nur die SPD!“) und das Bekenntnis des Parteiführers zur Legalität, erstmals sichtbar Stennes-Flügel. Daß der Führer bestrebt sei, illegale Elemente aus seiner Partei auszuschließen, stellen auch die in die Erörterung geworfenen Entscheidungen des Reichsgerichts ausdrücklich fest.

Diese Tatsachen haben mich bestimmt, das Ehrenrecht der Landesverteidigung auch den Angehörigen der NSDAP nicht länger vorzuenthalten.

Ist die Reichswehr damit der politischen Beeinflussung ausgeliefert? Solche Befürchtungen begreife ich nicht. Denn ein Reichswehrminister zerschlägt sich doch nicht die eigene hart geschmiedete Waffe. Der Erlaß hat alle Sicherungen getroffen. Er schließt grundsätzlich jeden Bewerber aus, der erwiesenermaßen an Bestrebungen teilgenommen hat, die auf eine Aenderung der Staatsform mit unerlaubten Mitteln gerichtet war. Zur Klarstellung in dieser Richtung ist die Auskunft der Polizei einzuholen.“

Groeners Ausführungen sind auch wiederholt von den Sozialdemokraten mit ärgerlichen und empörten Zwischenrufen unterbrochen worden. Die Demütigung, die der Reichswehrminister seiner getreuen SPD hier angetan hat, wird zähneknirschend und fluchend eingesteckt. Konsequenzen wird sie nicht haben. Die Nationalsozialisten und Deutschnationalen sind während der Rede Groeners wieder im Saale erschienen und hören den Minister ruhig an.

Der Zentrumsabgeordnete Boiz, württembergischer Staatsminister, polemisiert gegen das Ansehen der nationalen Opposition, Hindenburg solle Brüning opfern, um vor ihr gewählt zu werden. Ein dummer Nazijunge ruft dazwischen: „Hindenburg absolut, wenn er unsern Willen tut.“ Unwiderrprochen von den Sozialdemokraten konstatiert der reaktionäre Zentrumsredner die Einheitsfront in der Reparations- und Abrüstungsfrage. Dann propagiert er zur Behebung der Wirtschaftskrise die Autarkie, empfiehlt Siedlungspolitik und wirft schließlich den Deutschnationalen vor, daß sie bei der Umbildung des

Kabinetts Brüning in die Regierung gegangen sind.

Der deutschnationale Redner Freiherr von Freytagh-Loringhoven greift die Politik des Außenministers Brüning heftig an, polemisiert gegen den Völkerbund, beklagt die Ungeschicklichkeit Brünings bei der Bekannngabe von Deutschlands Zahlungsunwilligkeit an den britischen Botschafter, erklärt die Ansetzung der Konferenz von Ouchy-Lausanne auf den Juni für eine Tücke Frankreichs und beanstandet auch die Haltung Brünings in Genf, wo er den Behauptungen Tardieus von den drei deutschen Invasionen nach Frankreich nicht genügend entgegengetreten sei.

Nach dem Abgeordneten Dr. Bredt, der für die Wirtschaftspartei, und Graf von Westarp, der für die Konservativen ein Bekenntnis für Hindenburg ablegt, kommt es während der Rede des volksparteilichen Abgeordneten August Weber-Potsdam zu einem

ernenten Krach

mit den Nazis. Als Weber erwähnt, daß die Nationalsozialisten auf der Bahn des politischen Mordes vorangeschritten seien, gibt es auf den nationalsozialistischen Bänken einen Sturm der Empörung. Weber kann nicht weiterreden, und Vizepräsident Esser hebt die Sitzung auf. Man erfährt, daß er morgen versuchen will, dem Hause den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung zu erbringen. Ob ihn die Nazis reden lassen werden, erscheint allerdings mehr als zweifelhaft.

Nach dem Abgeordneten Simpfendorfer vom Christlich-Sozialen Volksdienst hält der nationalsozialistische Abgeordnete Alfred Rosenberg in seinem gebrochenen baltischen Deutsch ein außenpolitisches Kolleg, das nicht sonderliches Interesse erweckt.

Krach um Rosenberg

Als Rosenberg gegen die Linke ausfällt, der er mangelnde Freude am Totgeschossenwerden vorwirft, ruft ein Kommunist die Frage dazwischen, wo denn er, da er schon nicht im Kriege gekämpft hätte, von 1918 bis 1922 sich aufgehalten hätte. Ob er nicht in dieser Zeit Agent gewesen wäre? Rosenberg reagiert auf diese Frage mit der Gegenfrage, ob der Zwischenrufer, der Abgeordnete Heuck, etwa eine Ohrfeige haben wollte?

Es entsteht ein Tumult, die Sitzung fliegt auf, der Aeltestenrat berät. Als um 7 Uhr das Plenum wieder zusammentritt, verkündet Präsident Loebe einen Ordnungsruf für Heuck; Rosenberg hingegen nimmt seine Frage zurück, die er nur gestellt habe, weil er sich vom Präsidenten nicht genügend geschützt gefühlt habe.

(Bei Redaktionsschluss dauert die Sitzung noch an.)

Der Völkische Beobachter beschlagnahmt

München, 24. Februar 1932

Der „Völkische Beobachter“ Nr. 56 vom 25. Februar wurde von der Polizeidirektion beschlagnahmt. Die Beschlagnahme wird mit einem Verstoß des Blattes gegen die Notverordnung vom 28. März 1931 begründet. Der „VB“ hatte eine Karikatur veröffentlicht, die in einer sozialdemokratischen Zeitung vom 9. April 1925 erschienen war. Auch die Sonderausgabe des „Flammenwerfer“ (Wahlzeitung Nr. 1) wurde gegen Zuwiderhandlung gegen die Notverordnung beschlagnahmt.

Frontsoldaten und Heimkrieger

Die nationale Ehre der SPD

§ Berlin, 24. Februar 1932.

Die alte Klassenscheidung von Karl Marx hat sich anscheinend überlebt. Es gibt heute in Deutschland nicht mehr Ausbeuter und Ausbeutete, sondern neuerdings unterscheidet man nach anderen Kategorien. Es gibt nur noch zwei Sorten von Menschen: Frontsoldaten und Heimkrieger.

Ob es ein Kegelklub oder die Groß-Berliner Ärztekammer ist: bei der Besetzung von Vorstandspositionen und anderen Ehrenämtern entscheidet man heute — 14 Jahre nach dem Ende des Massenmordes — nur danach, ob der Kandidat auch das E. K., „dieses Blutzichen“, wie Louise Zietz es in der Nationalversammlung nannte, vorweisen kann.

Das mag noch angehen, denn es gehört zum deutschen Geist, zum Geist des deutschen Skatklubs, daß man auf andere Verdienste als auf die mit dem Totschlag nicht zu verweisen vermag. Das gehört nun einmal zum Volk der Dichter und Denker — auch im Goethejahr. Kein Wort wäre darüber zu verlieren, bliebe dieser deutsche Mannesgeist beschränkt auf das Spießbürgertum an seinen Stammtischen.

Was aber gestern dort geschah, wo sich zum erstenmal nach vier Monate langem Winterschlaf die deutschen Volksvertreter versammelten, das war mehr als einer der zahlreichen Betriebsunfälle der Deutschen Sozialdemokratie; das war der klarste Beweis dafür, daß die „völkerbefreiende internationale Partei des deutschen Proletariats“ restlos eingeschwenkt ist in diese Linie, die ihr vom deutschen Spießbürgertum und den Nationalsozialisten aufgezwungen wird. Daß eine Partei sich gegen Beschimpfungen und Verunglimpfungen durch den politischen Gegner wehrt — das ist ihr gutes Recht, ist sogar ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, die nur allzu oft von der Sozialdemokratie versäumt worden ist. Aber wenn die Partei, die sich sonst nur allzu sehr die „Würde des Hauses“ angelegen sein läßt, wütend aufheult, den eigenen Präsidenten desavouiert und die wütesten Stürme herbeiführt, weil ihr die vaterländische Gesinnung abgesprochen, weil sie die „Partei der Deserteure“ genannt wird — so zeigt das, daß sie sich an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen fühlt. Wir haben dieses Schauspiel schon einmal erlebt: als auf dem Leipziger Parteitag Genosse Klein ebst der Partei ihr „Wetteifern mit dem Nationalismus der Nationalsozialisten“ vorwarf. Da fuhr man ihn genau so an wie jetzt Goebbels. Mit dem einzigen Unterschied, daß Goebbels von der sozialdemokratischen Präsidentenglocke geschützt und Klein ebst von ihr niedergeklingelt wurde.

Noch niemals aber hat sich Ähnliches ereignet, wenn der Partei Klassenverrat vorgeworfen wurde; und als vor kurzem die „Germania“, das führende Zentrumsblatt, dem ADGB-Vorsitzenden Leipzig vorwarf, seine Kritik an den Regierungsmaßnahmen erinnere an nationalsozialistische Formulierungen — da schwieg man fein säuberlich still.

Die Vorwürfe des Klassenverrats und der Anwendung nationalsozialistischer Methoden — Beschuldigungen, die den innersten Kern jeder Arbeiterpartei treffen sollten — sie werden von der Sozialdemokratie in den Wind geschlagen. Aber wenn die Nationalsozialisten die Ebenbürtigkeit der Partei in der Frage der „nationalen Ehre“ in Zweifel zu ziehen wagen, dann muß ein einarmiger Kriegsverletzter „die sozialdemokratische, durch Opfer an Gut und Blut erhärtete Politik in nationalen Fragen“ mit dem Hinweis auf 86 Frontsoldaten in der sozialdemokratischen Fraktion demonstrieren.

Damit bekennt sich die Sozialdemokratie erneut zu jener Phase ihrer Geschichte, die vom Standpunkt des internationalen Sozialismus wahrlich nicht zur heldenhaftesten gehört, sie bekennt sich nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für Gegenwart und Zukunft zum höchsten Prinzip der nationalen Zuverlässigkeit, und gleichzeitig begibt sie sich auf das gleiche Niveau „moralischer und intellektueller Ver lumpung und Verlausung“, das sie den Nazis vorwirft, hilft sie selbst mit, den Boden zu bereiten für die Qualifikation des deutschen Bürgers unter dem Gesichtspunkt: „Frontsoldat oder Heimkrieger?“

Hier gilt auch nicht die Begründung, gegenüber diesem Gegner müßten alle Waffen geführt werden. Sie gilt deshalb nicht, weil man dem Gegner keinen größeren Triumph bereiten kann, als unter Aufgabe aller Grundsätze und Prinzipien, ihm auf den versumpften Kampfboden zu folgen, den er vorschreibt. Nicht auf dem vom Gegner bestimmten Boden, nicht mit den ihm aus der Hand gewundenen Waffen ist er zu schlagen, sondern nur mit den eigenen Kampfmitteln. Ist diese Waffe, die des internationalen Sozialismus, in den Jahren des Krieges der deutschen Sozialdemokratie entglitten, so wäre es höchste Zeit gewesen, sie zurückzuerobert. Der Nationalsozialismus kann nicht durch Wetteifern im Nationalismus, der Antimarxismus kann nur mit dem Marxismus geschlagen werden.

Und wie steht die deutsche Sozialdemokratie heute da vor den internationalen Bruderparteien? Wie hätte eine solche Debatte etwa ausgesehen im englischen Unterhaus, in dem der größte Teil der Arbeiterführer zu den Kriegsdienstverweigerern gehört und sich noch heute mit Stolz dazu bekennt? Und wie in

Hitlers Einbürgerung

Man ist „grundsätzlich einig“

Er soll auch was tun fürs Geld

Braunschweig, 23. Februar 1932.

Wie Hugenbergs Telegraphen-Union erfährt, hat die Besprechung über die Einbürgerung Hitlers zwischen den Deutschen nationalen und den Nationalsozialisten bereits am Montag stattgefunden. In dieser Besprechung haben die Deutschnationalen erklärt, daß sie keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Einbürgerung Adolf Hitlers hätten. Die Deutschnationalen haben ihre Zustimmung jedoch von der Zusicherung abhängig gemacht, daß es sich bei der Ernennung zum braunschweigischen Beamten nicht um eine Scheinerennung handeln dürfe, daß sie vielmehr darauf bestehen müßten, daß Hitler auch eine aktive Tätigkeit ausüben müsse. Eine Ernennung zum Bevollmächtigten Braunschweigs im Reichsrat oder eine Professur an der Technischen Hochschule Braunschweig wurde in der Erörterung als nicht im Bereich der Möglichkeit liegend bezeichnet. Im Verlaufe der Besprechung wurde auf die Überlastung des Gesandtschaftsbeamten, des Gesandten Boden und des Legationsrats von Stutterheim hingewiesen, deren Aufgaben sich im Laufe der letzten Jahre so vermehrt hätten, daß die Zuteilung eines weiteren Beamten notwendig geworden sei, worauf man sich dann grundsätzlich auf eine

Zuteilung Hitlers zur Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin

einigte. Mit der Zuteilung zur braunschweigischen Gesandtschaft wäre die Einbürgerung Hitlers automatisch verbunden. Die Ernennung wird erfolgen, sobald Adolf Hitler ihr zustimmt.

Ein Kommuniqué der Nazis

München, 23. Februar 1932.

Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz schreibt:

Die Entscheidung über die Präsidentschaftskandidatur der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung ist gefallen. Der Beschluß der Deutschnationalen und des Stahlhelms, als Zahlkandidaten für den ersten Wahlgang den 2. Bundesführer des Stahlhelms aufzustellen, erübrigt jede Erörterung darüber, daß eine Gemeinschaftskandidatur der nationalen Opposition, die nicht dem Willen der Massen nach Führung durch den Stärksten aus ihren Reihen entspricht, den Interessen des nationalen Deutschlands in diesem Entscheidungskampf gegen das System nicht dienen kann. In dieser Entscheidung ist die ganze Kraft des erwachenden Deutschlands einzusetzen. Für diesen Kampf sind alle Reserven zu mobilisieren: diese Auffassung war für die Entschlüsse der NSDAP maßgebend. Die nationalsozialistische Freiheitsbewegung wird nunmehr in diesen Wahlkampf hineingehen, unbelastet und unbeschwert von Kompromissen, die den Schwung und die Kampfkraft ihrer ganzen Volkspartei für ein neues Deutschland lähmen könnte. Sie wird diesen Kampf führen im Zeichen Adolf Hitlers, des Führers in die deutsche Freiheit. Das junge Deutschland wird im Zeichen Hitlers siegen. Gegenüber dieser begründeten Siegeszuversicht ist die Lage der Gegner des nationalen Deutsch-

land heute gekennzeichnet durch die tragische und geradezu verhängnisvolle Entwicklung, welche die Präsidentschaftskandidatur für den Generalfeldmarschall von Hindenburg genommen hat. Seine Aussichten, am 13. März als Gegenkandidat gegen die deutsche Freiheitsbewegung gewählt zu werden, sind auf den Nullpunkt gesunken durch die Kandidatur Hitlers. Herr von Hindenburg wird mit einer politischen Niederlage aus dem Wahlgang hervorgehen, deren Schwere nur noch von dem Maße abhängig ist, in dem er die Stimmen der Sozialdemokraten für sich gewinnen kann. Folgt die Eiserne Front der Parole für Hindenburg nicht, dann wird die Niederlage katastrophal werden.

Ein minimaler Erfolg

Berlin, 24. Februar 1932.

Der Hindenburg-Ausschuß teilt mit: „Nachdem die Meldungen der an der Einzeichnungsaktion beteiligten Stellen nunmehr zum größten Teil vorliegen, stellt sich die Gesamtzahl der Einzeichnungen für die Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs auf über 3 360 000.“

Berücksichtigt man den Umstand, daß die Listen völlig unkontrollierbar sind, so muß diese Ziffer als niedrig erscheinen.

Lettow-Vorbeck gratuliert Hindenburg

Bremen, 24. Februar 1932.

Der in Bremen ansässige Generalmajor a. D. von Lettow-Vorbeck, während des Krieges Oberbefehlshaber in Deutsch-Ostafrika, hatte an den Generalfeldmarschall von Hindenburg ein Schreiben gerichtet, in dem er ihn zu dem Entschluß, für die Reichspräsidentenwahl erneut zu kandidieren, beglückwünschte.

Der schwarz-weiß-rote General als Vorkämpfer der Eiserne Hindenburg-Front: ein herrliches Bild!

Der Prophet gilt nichts im Vaterland

CNB, Prag, 23. Februar 1932.

Eine Sendung von 5500 Sendeabzeichen mit dem Bildnis Hitlers ist auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik beschlagnahmt worden. Die Sendung war an die Deutsche Technische Hochschule zu Händen des deutschen nationalsozialistischen Gemeinderates Haider adressiert und aus Wien abgesandt worden. Haider ist einem Verhör und einer Haussuchung unterzogen worden.

Der Anstreicher Hitler, der sein Geschäft heute so gut an Menschen auszuüben versteht, stammt bekanntlich aus Braunau, das jetzt zur Tschechoslowakei gehört. Aber man schätzt den „Trommler“ dort weniger als in Deutschland und ist deshalb unehrerbietig genug, das Bild des künftigen Präsidenten der deutschen Republik selbst auf Seidenstoff für einen Dreck zu halten, den man besser den politischen Kindern fernhält.

Die Lage in Fernost

Der Kampf um Schanghai — Stellungsaufbau in der Mandschurei

London, 24. Februar 1932.

Die Japaner haben am Mittwoch Kiangwan besetzt und rücken gegen Tasang vor.

Tokio, 23. Februar 1932.

Die japanische Regierung hat beschlossen, die Zahl der Truppen in Schanghai zu verdoppeln.

Die Kämpfe sind also noch längst nicht zu Ende, eine Entscheidung, die Japan bis zum Zusammentritt des Völkerbundes am 3. März erzwingen will, noch nicht gefallen.

Inzwischen baut man die militärische und politische Stellung in der Mandschurei aus.

Um Charbin wird gekämpft. Die „unabhängige“ Mandschurei hat schon einen Namen „Daido“, das heißt „Große Union“. Wohl die große Union von List, Lüge, Betrug

und Bestechung! „Strafexpeditionen“ — ein neues schönes Wort! — sind unterwegs. Japanische Zeitungen drohen Rußland unzuverlässig mit starken Einbußen an seinen Rechten an der chinesischen Ostbahn und in der Nordmandschurei, falls es die neue Regierung nicht anerkennen würde. In Mukden und Charbin werden Koreaner in Massen verhaftet und nach Japan abtransportiert. Es klappt — vorläufig!

In Japan selbst

spricht man von einer Kabinettsumbildung. Der Finanzminister Takamashi, der sich gegen weitere Truppenentsendungen ausgesprochen hat, soll ausgeschieden werden. Man denkt trotz des Wahlsieges nach berühmten Mustern an eine Regierung der „nationalen Sammlung“, um so jede oppositionelle Regung im Keim zu ersticken. Es ist Krieg, da gibts „keine Parteien mehr!“

der französischen Kammer, wo die Sozialisten nur mit Abscheu an den Krieg denken, aber unberechtigte Angriffe zurückweisen, ohne jemals mit dem nationalen Block im Nationalismus zu konkurrieren? Die deutsche Arbeiterklasse, die die Fehler des Jahres 1914 längst erkannt hat, ist nicht bereit, sich weiter mit diesem Fluch der Vergangenheit zu beladen. Sie ist nicht bereit, die Klassifikation der deutschen Bierbankpolitik zu der ihren zu machen, für sie gilt noch immer die Klassenscheidung: Bürger

und Proletarier. Weicht sie auch nur um Haaresbreite von diesem fest abgesteckten Kampfboden ab,

begibt sie sich auf den Sumpfboden des Klassengegners, dann ist der Kampf schon halb verloren.

Nicht Frontsoldaten und Heimkrieger entscheiden in der großen Auseinandersetzung zwischen den Klassen, sondern allein der internationale Klassenkampfgeist des Proletariats.

Tardieu durch

Paris, 23. Februar 1932.

Der Regierung wurde von der Kammer mit 309 gegen 262 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Die Debatte über Tardieus Regierungserklärung bot bis auf einen Zwischenfall nichts Bemerkenswertes. Als Leon Blum die Gegnerschaft der Sozialisten gegen die Regierung ankündigte und hervorhob, daß diese einen anderen Standpunkt in der Sicherheitsfrage vertreten als der Ministerpräsident, rief der rechtsstehende Abgeordnete General Saint-Just dazwischen: „Der Advokat Deutschlands spricht!“ Auf diese Bemerkung hin stürzten sich die Sozialisten auf den Redner. Zwischen rechtsstehenden und linksstehenden Abgeordneten kam es zu einer Schlägerei, und nur mit Mühe konnten die Streitenden getrennt werden. Der Präsident hatte inzwischen die Sitzung aufgehoben und die Tribünen räumen lassen.

Zu Tardieus Erklärung und zu dem Zwischenfall äußert der sozialistische „Populaire“: „Tardieu habe sich gestern bescheiden und entgegenkommend gezeigt. Er habe weder seine Meinungsänderungen noch seine Fehler bestritten. Der Abgeordnete General de Saint-Just habe am Schlusse der Sitzung bei den Ausführungen Blums die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen können, um sich hervorzutun. General de Saint-Just sei mit knapper Not der Maßregelung entgangen, die er verdient habe. Möge man doch auf der rechten Seite des Hauses wissen, daß die Linke nicht zulasse, daß die Reaktion gegen den Abgeordneten Blum jene heftige Verleumdungskampagne wieder aufnehme, die einmal schon, und zwar gegen Jaurès, den Arm eines Mörders bewaffnete. Jetzt habe das Land das Wort.“

Nichts Neues aus Genf

Berlin, 24. Februar 1932.

Die sogenannte Abrüstungskonferenz wird sich vom 19. März bis zum 4. April vertagen. Heute wird Tardieu, der gestern nacht von Paris abgereist ist, noch einmal das Wort ergreifen und auf die deutschen Vorschläge antworten.

Das Ergebnis der bisherigen Aussprache hat Henderson zusammengefaßt und volle Übereinstimmung in einigen grundsätzlichen Fragen festgestellt, so vor allem in der unbedingten Notwendigkeit einer Regelung der Angriffswaffen. Als bemerkenswert ist zu notieren die Äußerung,

daß die schwerwiegende Frage der Sicherheit und der organischen Völkergemeinschaft in engem Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage stehe,

woran der Präsident weiter eine Danksagung an die französische „und die übrigen Abordnungen“ für ihre klaren Vorschläge knüpfte. Unsere so hoffnungsfrohen Nationalisten täten also wohl gut daran, sich nicht allzusehr auf die Isolierung Frankreichs, die ein ständiger Aktivposten in ihren Milchmädchen- und Blutrrechnungen ist, zu verlassen.

Eingeständnis?

Memel, 23. Februar 1932.

Präsident Böttcher hat am Dienstag an Gouverneur Merkys folgendes Schreiben gerichtet, in dem er seine Bereitwilligkeit, sein Amt niederzulegen, ausdrückt:

„Die Verhandlungen des Völkerbundesrates haben ergeben, daß es noch Monate dauern kann, bis eine Entscheidung darüber fällt, ob der Gouverneur das Recht hat, den Präsidenten des Direktoriums abzuberufen oder nicht. Es liegt im Interesse des Memelgebietes, daß möglichst bald wieder ein dem Statut entsprechendes Direktorium in Tätigkeit tritt. Um mit meiner Person kein Hindernis für etwaige Verhandlungen der Mehrheitsparteien über ein neues Direktorium zu bilden, erkläre ich, daß ich mein Amt als Präsident des Direktoriums hiermit niederlege.“

„Revolutionäre Theorie — Revolutionäre Praxis“

In dem in der „Tribüne“ vom 9. Februar d. J. zum Druck gebrachten Diskussionsartikel „Zum Aktionsprogramm der SAP“ finden sich eine ganze Anzahl Druckfehler. Die Sinnstrenden seien hiermit berichtigt:

Das Zitat von Lenin heißt: „Ohne revolutionäre Theorie, keine revolutionäre Bewegung“ (Lenin Werke IV 2). In der zweiten Spalte ist vom Sinken der Profitrate die Rede. Da muß es heißen: ... Profitrate (d. h. Verhältnis von Mehrwert zum Gesamtkapital) (nicht Gesamtprofit). Im nächsten Absatz (4. Zeile) muß es heißen: Der Inbegriff.

Leider konnte die Schlußbemerkung aus Raummangel nicht abgedruckt werden. Wir bringen nur noch zum Ausdruck, daß die gemachten Abänderungsvorschläge nur ein Bruchteil der zu machenden sind. Das eigentliche Aktionsprogramm (die nächsten Aktionen) konnten nicht dargelegt werden. Der Raum ist für solche ausführlichen Dinge zu eng.

C. H.

Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

17. Fortsetzung

Das Urteil

Das Urteil im Fall Bullerjahn war zunächst geheim. Niemand sollte erfahren, mit welchen Gründen ein bis dahin völlig unbestrafter Mensch auf fünfzehn Jahre ins Zuchthaus gesetzt werden sollte, niemand auch, welche Gründe für die Verhängung des zehnjährigen Ehrverlusts, einer so exorbitanten Nebenstrafe, entscheidend gewesen waren.

Daß wir heute in der Lage sind, das Urteil in seinen wichtigsten Phasen zu veröffentlichen, das verdanken wir dem zügellosen Temperament und dem unbestreitbaren — Mut des Urteilsverfassers, des jetzt glücklicherweise pensionierten Reichsgerichtsrats Hüfner. Er hat es in Abwehr der gegen ihn gerichteten Angriffe in der „Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht“ vom 1. Juli 1929 veröffentlicht, und er hat sich über die Geheimhaltungspflicht hinweggesetzt und einfach erklärt: „Zur Veröffentlichung bin ich nach dem Gesetz befugt, vgl. meine Abhandlung „Zur Veröffentlichung richterlicher Entscheidungen, LZ 1919, S. 1168.“

Wir wissen zwar nicht, welche besonderen „Gesetze“ dem Reichsgerichtsrat ein Recht zusprechen, das dem Laien und bloßen Staatsbürger zum Un-Recht wird, falls er zur Veröffentlichung geheimgehaltener Erkenntnisse schreitet, aber im vorliegenden Fall sind wir voll gedeckt, denn wir drucken aus der „Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht“ ab.

Das besondere Recht für Reichsrichter ist ja übrigens nichts Neues;

wir haben auch vor einiger Zeit erleben müssen, daß Reichsrichter, die sich als Journalisten versucht hatten, bei einem kleinen Verkehrsunfall die sonst jedem Zeitungsschreiber bestrittene Begünstigung des § 193 StGB für sich in Anspruch nahmen. Was Herrn Hüfner also berechnete, sich über die Geheimhaltungsvorschrift hinwegzusetzen, das werden wir wohl erst erfahren, wenn seine Methoden, die zugleich auch Methoden des Reichsgerichts sind, vor einem ordentlichen Gericht durchleuchtet werden können.

Was sie „feststellen“

Nach der Schilderung des Tatbestandes, den wir kennen und in der das Urteil allerdings hier und da in gehässiger Weise von der Realität zuungunsten des Verurteilten abirrt, wird vom Gericht „festgestellt“:

„Das Vorgehen der IMKK ist auf einen Verrat zurückzuführen. Diesen hat der Angeklagte begangen, obwohl er die Tat entschieden in Abrede gestellt hat.“

Er hatte, worüber die Hauptverhandlung volle Klarheit gebracht hat, zwei zur Verübung der Handlung anreizende Beweggründe, nämlich Rachsucht und Trachten nach Gelderwerb.

Bei den Wittenauer Werken war im Herbst eine Schrottschiebung vorgekommen, der Angeklagte war verdächtig, hieran beteiligt zu sein; die im November abgeschlossene Untersuchung hatte keinen positiven Beweis für die Mitschuld des Bullerjahn erbracht, er erhielt aber am 25. November 1924 eine schriftliche Verwarnung d. d. Berlin, 21. November 1924, von der Direktion.“

Bullerjahn war nicht „verdächtig“, wie das Urteil sagt, sondern „verdächtig“, nämlich durch eine haltlose Denunziation des Direktors Gebauer. „Es wäre doch schön, wenn man bei Bullerjahn auf den Busch klopfte und es fielen etwas heraus.“ Die von den Kriminalbeamten angestellte Vernehmung B.s ergab auch nicht die Spur eines Anhalts für seine

Beteiligung. Daraus macht das Urteil: keinen positiven Beweis für seine Mitschuld.“

Die Verwarnung bezog sich darauf, daß Bullerjahn seine Untergebenen angeblich nicht genügend beaufsichtigt haben sollte. Dagegen erhob er Protest und verlangte gleichzeitig die Ehrenerklärung. Das Urteil behandelt weiter die Verwarnung Bullerjahns und sagt dann, daß Bullerjahn „damals schon“ mit Enthüllungen drohte. Den Zeugen Fischer und Klemm gegenüber habe er geäußert, wenn er die Ehrenerklärung nicht erhalte, würde er der Firma schon etwas einbrocken. Dem Zeugen Fischer sagte er sogar, er würde der IMKK mitteilen,

„daß bei den Werken noch verbotenes Kriegsmaterial liege. Diese Drohung hat Bullerjahn, als er am 19. Dezember 1924 von der Abweisung seiner Beschwerde Kenntnis erhielt, dann in die Tat umgesetzt, da er auch Geld brachte.“

Unwahr!

Der Zeuge Fischer hat jetzt bekundet, daß er so nicht ausgesagt hat, sondern daß seine Aussage ihm von dem Richter in den Mund gelegt worden ist.

Das Urteil fährt fort:

„Er hatte nämlich mit seiner Jugendliebsten... was er in der Hauptverhand-

lung einräumen mußte, ein Liebesverhältnis. Dieses und die Ernährung seiner Frau kostete ihm Geld, weshalb er mit Schreiben vom 18. Dezember 1924 um eine Änderung seines tariflichen Vertragsverhältnisses, entsprechend dem der Oberbeamten, bat. Dieses Verlangen wurde von der Direktion mit Schreiben vom 22. 23. Dezember 1924 abgelehnt.“

Die soeben festgestellten Tatsachen weisen zweifelsfrei darauf hin, daß gerade vor Weihnachten 1924 die beiden Beweggründe des Angeklagten Befriedigung forderten und machen deutlich, warum unmittelbar vor Weihnachten, nämlich am 23. Dezember 1924 die Besuche der IMKK begannen.“

(Weitere Artikel folgen.)

LTbc — vier Buchstaben nur

Kein Feuilleton, ein Tatsachenbericht

Daß Staub jemals ungefährlich für menschliche Lungen sein kann, können nur ganz blutige Laien — oder eine andere Spezies Mensch, die die Arbeiter dem geheiligten Profit opfert — behaupten.

Zu einer dieser beiden Kategorien gehört auch Herr Werner Dietrich, der Direktor eines Quarzmahlwerkes an der Landstraße, die von Köln über Düren nach Aachen führt und die Dürener Straße heißt. Dieses Quarzmahlwerk steht rund 11 km westlich von Köln, zwischen den beiden Dörfern Frechen und Benzlarth.

Im Quarzmahlwerk Frechen wird quarzhaltiger weißer und brauner Sand gemahlen, und zwar in 17 verschiedenen Mahlungen, die zum Teil nur durch eine chemische Analyse voneinander zu unterscheiden sind. In den Werbeprospekten der Firma heißt es, daß etwaige Besucher ganz erstaunt sein würden, keine von weißem Staub überdeckten „Schneemänner“ an den Mühlen anzutreffen. Die Prospekte lügen, denn erstens werden etwaige Besucher nach Möglichkeit dem Abfüllraum ferngehalten, zweitens wird sehr häufig dort gekehrt, und drittens gibt es Mahlungen, bei deren Staubentwicklung der Abfüller kaum seinen knapp drei Meter entfernten Nebenmann zu sehen vermag.

Der Direktor und der Werkmeister Trimborn behaupten, daß dieser Staub „ungefährlich“ sei. Sand sei schwer, ebenso auch der durch die Mahlung erzeugte Staub; dieser ginge beim Stuhlgang mit weg oder werde ausgespuckt (daß die Arbeiter also spucken müssen, wird zugegeben!).

Die Tatsachen sprechen anders.

Gerade dieser feine und schwere Sandstaub, der auch die Atmungs- und Verdauungsorgane ungemein belästigt, zerstört auch die robusteste Lunge.

Das Quarzmahlwerk Frechen sah schon recht oft die Arbeiter wechseln, aber nur selten ist ein scheidender Arbeiter ohne Schaden an seiner Gesundheit abgekehrt.

Als vor sieben Jahren dem Direktor von einem gewerkschaftlichen Vertrauensmann vorgeschlagen wurde, größere Entstaubungsanlagen einzubauen, wurde dies mit Entrüstung abgelehnt. Das seien „untragbare Lasten“, die „durchaus unnötig“ seien und nur dem „kommunistischen Agitationsbedürfnis“ entsprängen oder auf „kommunistische Verhetzung“ zurückzuführen seien. Die geringe Belegschaft, die sich das Recht auf eine gesetzliche Vertretung nach den Paragraphen des Betriebsrätegesetzes in zähem

Kampfe errungen hat, konnte damals noch abgewiesen werden. Aber schon damals traten schwere gesundheitliche Störungen

bei den Arbeitern auf, die der Direktor durch Einstellung neuer Kräfte bei Erkrankung älterer Belegschaftsangehöriger, so daß also bei längerer Erkrankung auch stets eine Entlassung und eine Neueinstellung erfolgten, zu verschleiern suchte.

Zwei Jahre später, im Jahre 1927, war dann die Berufsgenossenschaft an den Betrieb aufmerksam geworden, und auf ihre Veranlassung mußten

weitere Exhaustoren eingebaut

werden. Der Direktor tobte; er scheute jede Ausgabe wie der Teufel das Weihwasser. Er sprach von „kommunistischer Denunziation“, obwohl längst keine Kommunisten mehr im Betrieb waren.

Die Häufigkeit, Regelmäßigkeit und Ähnlichkeit der Krankheitserscheinungen waren bereits bei der Krankenkasse aufgefallen.

Sogar Vorarbeiter, die sich nicht oder nur wenig in dem staubschwangeren Abfüllraum aufzuhalten brauchten, erkrankten in dem Giftbetrieb. Entlassene oder freiwillig abgekehrte Arbeiter waren mit schwersten Lungenschäden, Magenkrankungen usw. behaftet, so daß sie für manche anderen Arbeiten (oft selbst ihres erlernten Berufes) nicht mehr fähig waren.

Vorarbeiter gaben ihre Posten auf und verließen den Betrieb, weil sie ihren Tod nicht vorzeitig herbeiführen wollten.

Und doch, auch Todesopfer hat dieser unheimliche staubspendende Betrieb gefordert. Ein Arbeiter wurde pensioniert, als es bereits zu spät war; er hat sich seiner Ruhe als Invalide nur wenige Monate erfreuen können. Ein anderer Arbeiter, ein Junge von etwa 22 Jahren, ist erst vor kurzem gestorben. Bei Erkrankungen ehemaliger Belegschaftsangehöriger finden die Aerzte immer wieder die Folgen der Tätigkeit in jenem Betrieb, in dem die Entlohnung zur schlechtesten im ganzen Bezirk gehört.

Die Lungen sind zerstört, eine Heilung in den seltensten Fällen möglich. LTbc*) — vier Buchstaben nur — doch sie beschreiben eine Welt von Leid.

Jetzt sind vor kurzem mehrere Arbeiter der derzeitigen Belegschaft mit Röntgenstrahlen behandelt. Der Direktor sinnt auf Rache, indem er die gesetzliche Betriebsvertretung der

* LTbc ist die medizinische Abkürzung für Lungentuberkulose.

Arbeiter aufheben will. Er will also jetzt schon das durchführen, was im „Dritten Reich“ allgemein durchgeführt werden soll.

Der Kampf der Arbeiter muß sich auf die Forderung auf sanitäre Anlagen, auf wirklich leistungsfähige Entstaubungen, auf das Recht regelmäßigen Kuraufenthalts und Erholungsurlaub erstrecken und gleichzeitig gegen jede seitens der Betriebsleitung geplante oder in letzter Zeit bereits durchgeführte Verschlechterung wenden. Dieser Kampf muß ins Allgemeininteresse der gesamten Arbeiterschaft gerückt werden; diese Forderungen erheischen

den Kampf gegen die Notverordnungen.

Er muß geführt werden auf der Basis des proletarisch-revolutionären Klassenkampfes.

Arbeiter, bedenkt: erst in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, in der es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gibt, wird man die gesundheitlichen Schäden der täglichen Arbeit auf ein Minimum beschränken können. Eure Taten mahnen! K. V.

Verhängnisvoller Erderschlag Fünf Arbeiter getötet

Bei Wegebauarbeiten in der Nähe von Nizza ereignete sich am Dienstag ein schweres Unglück, bei dem fünf Arbeiter getötet und einer schwer verletzt wurde. Nach einer Sprengung bei den Arbeiten an einer Landstraße ereignete sich ganz unerwartet ein Erderschlag, bei dem sechs Arbeiter verschüttet wurden. Drei von den Verschütteten konnten nur als Leichen geborgen werden. Von den drei anderen, die im schwerverletzten Zustand in ein Krankenhaus überführt werden mußten, verstarben zwei kurz nach ihrer Einlieferung.

Zwei Meter Schneehöhe in Italien

Rom, 24. Februar 1932

Die außergewöhnlichen Schneefälle der letzten Tage haben in verschiedenen Teilen Italiens Schäden und Verkehrsstörungen verursacht. Aus der Provinz Bari wird berichtet, daß selbst in der Ebene ein, auf den Bergen stellenweise zwei Meter Schnee liegen. Die Telegraphen- und Telefonverbindungen sind einige Tage unterbrochen gewesen. Eine Lokomotive ist infolge Schneefalls entgleist. In der Sabina liegt der Schnee 1,70 Meter hoch. Eine Gesellschaft von Skiläufern wurde durch die Schneemassen isoliert.



DIE EINZIG RICHTIGE

JUNO



JOSETTI

6 STÜCK 20.-

> IHRER GÜTE WEGEN DEUTSCHLANDS MEISTGERAUCHTE CIGARETTE %M. <

Die „Tribüne“ der SAZ dient der Aussprache. Die Redaktion nimmt diese Zuschriften auf, gleichviel, ob sie mit dem Inhalt übereinstimmt oder nicht. Die Redaktion übernimmt daher für die in der „Tribüne“ erscheinenden Artikel nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Zur Programmdebatte

Schlagwort oder Prinzip? / Von Anna Siemsen

Der Genosse Schaber greift in der Tribüne vom 18. Februar den Genossen Kleineibst wegen seiner Ausführungen zur Programmdebatte an. Es ist gut, daß hier die vorhandenen Gegensätze auf die schärfste Form gebracht sind, denn nur so ist es möglich festzustellen, wie weit und ob überhaupt eine einheitliche Aktionslinie möglich ist.

Vier Dinge sind es, die er als gegensätzlich heraushebt: Stellung zum Reformismus, zur Diktatur, zum Räteystem und zu Sowjetrußland. In allen drei Punkten antwortet er auf Kleineibsts Versuch, zu einer klaren Definition und dadurch zu einer besseren Erfassung der Tatsachen zu kommen, mit einem „Non possumus“: Wir können und wir wollen nicht die von uns eingenommene Stellung untersuchen, sondern halten an der einmal von uns gegebenen Definition fest.

I.

Zunächst „Reformismus“. Kleineibst meint: der Gegensatz Reformismus-Revolution sei historisch einmal vorhanden gewesen, bestehe unter der gegebenen Gegenwartsituation des Kapitalismus nicht mehr, weil nämlich heute Reformen notwendig sogleich an die Grenze der kapitalistischen Möglichkeiten führen und in revolutionäre Forderungen umschlagen. Während also in der Vorkriegszeit Antirevolutionäre gleich Bernstein sehr wohl Reformen vertreten konnten, da für sie der Kapitalismus noch Spielraum gewährte, sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer und kultureller Hinsicht, nötigt heute die Ablehnung der Revolution zugleich zur Ablehnung der Reformen, sobald es sich um sozialistische, aufbauende Forderungen handelt und nicht um einfache bürgerliche Flickversuche. Der antirevolutionäre Sozialist ist daher heute kein Reformist mehr, er kann es nicht sein. Er ist einfach konservativ. Die Politik der SPD ist spätestens seit Beginn der Krise ein Musterbeispiel dafür. Von Reformaktivität ist gar keine Rede mehr. Es handelt sich nur noch um die Erhaltung des Bestehenden, im besten Falle um die Wiedergewinnung von Verlorengangenen. Daher, und daher allein (wegen der antirevolutionären Grundhaltung, die sie reformunfähig macht) ist die konservative Sozialdemokratie zu einer bürgerlichen Mittelpartei geworden.

In derselben Nummer, in der Schaber gegen Kleineibsts Ansicht Sturm läuft, findet sich eine sehr interessante Bestätigung der Kleineibsts These. Es wird darin über den Arbeitsbeschaffungsplan Lederers berichtet, einen ganz zweifellos reformistischen Vorschlag. Der Berichterstatter urteilt zum Schluß darüber: „Lederer hat eine Richtung angegeben, die wohl zum Erfolg führen kann. Allerdings nur eine Richtung, nicht zugleich das Endziel, aber dieses liegt in jener Richtung.“ Und, können wir hinzufügen, weil Lederers Plan in der Richtung dieses Endziels liegt, darum führt sein Vorschlag über die Grenzen kapitalistischer Wirtschaft hinaus, darum wird er auch von der bürgerlichen Wirtschaft einmütig abgelehnt, während der in rein kapitalistischen Gedankengängen verlaufende Währungsplan Wagemanns (den bezeichnenderweise auch freie Gewerkschaftler vertreten. Siehe das oben Gesagte) bürgerlicher Zustimmung begegnet. Lederers Plan wird deshalb auch nicht verwirklicht werden. Sein Wert ist ein propagandistischer. Wir können an ihm aufweisen, daß gangbare Wege aus der Krise nicht mehr kapitalistische, daß kapitalistische Auswege nicht mehr gangbar sind. So ist's auf allen Gebieten. Die Vorkriegszeit hatte Raum für Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems. Die ersten Nachkriegsjahre erhielten die Arbeiterschaft in dem Glauben, daß dieser Raum noch immer vorhanden sei. Darum machte sich die SPD an die Arbeit, durch soziale Reformen „den Sozialismus aufzubauen“. Die Krise hat die Illusionen dieses Wohlstandssozialismus grausam zerstört. Wer unter den Reformern antirevolutionär war, hört heute auf, Reformist zu sein, er wird konservativ. Wer es ernst meinte mit seinem Reformwillen, wird revolutionär, weil er keine Möglichkeit zur Reform innerhalb der bestehenden Ordnungen mehr sieht.

Gerade das Beispiel, das Schaber meint gegen Kleineibst anführen zu können, beweist es schlagend. Der Zehnstundentag war eine im Vorkriegskapitalismus realisierbare Forderung, sogar der Achtstundentag war es. Revolutionäre und Antirevolutionäre stimmten in dieser Forderung überein. Heute sind analoge reformistische Forderungen nicht mehr realisierbar. Revolutionäre und antirevolutionäre Haltung scheidet sich an ihnen, und die Antirevolutionäre werden gezwungen, ins konservative Lager abzumarschieren.

In dieser Situation nun, die für die Revolu-

tionäre so ungemein günstig ist, weil sie jeden ernsthaft Reformwilligen ins revolutionäre Lager hinüberwirft, gegen den „Reformismus“ und damit auch gegen Reformforderungen zu wettern, statt die antirevolutionäre Illusion der Reformisten zu zerstören, ist so ziemlich das Unzweckmäßigste, was sich überhaupt tun läßt. Es ist das vor allem deshalb, weil die ganz überwiegende Masse des Proletariats, weit entfernt von grundsätzlich revolutionärer Einstellung, für sie nur dadurch gewonnen werden kann, daß man ihr aufzeigt, daß Reform ohne Revolution heute unmöglich geworden ist, daß es keinen Ausweg aus der persönlichen Not gibt als den der gesellschaftlichen Umwälzung, daß Reformforderungen ohne den Willen zur proletarischen Machtergreifung heute ein Betrug an der Masse sind.

Wer es erlebt, wie heute die Parole der Eisernen Front im Reiche noch erneut Hunderttausende von Proletariern begeistert, der weiß, wie schwer es ist, diese Erkenntnis in die Massen zu tragen, daß es gelingen kann, nur wenn man die Lage immer und immer wieder an Einzelforderungen (an reformistischen Forderungen) demonstriert, und daß, falls wir statt dessen mit den altüberkommenen — Grundsätzen jonglieren, statt sie anschaulich zu machen an der heutigen Lage, wir zwar eine sehr hübsche interne Unterhaltung haben, aber keinerlei Aussicht, die Arbeiterschaft in ihrer Breite in Bewegung zu setzen.

II.

Schabers zweiter Angriffspunkt ist die Diktatur. Was Schaber hier sagt, läßt den Verdacht aufkommen, daß er Kleineibsts Ausführungen gar nicht gelesen hat. Jedenfalls, wenn er sie las, hat er sie nicht begriffen. „Als völlig abwegig und sinnlos“, schreibt Schaber, „muß die Gleichung „Terror gleich Terror“ und Gewalt gleich Gewalt“ erscheinen. Es kommt darauf an, in welchem Namen die Gewalt ausgeübt wird.“ Wo in aller Welt hat Kleineibst das getan? Er schreibt:

„Nur so viel sei zur Denkanregung gesagt, daß (auch die eingeschränkte) Demokratie und die Diktatur des Proletariats sich keineswegs ausschließen, sondern vielmehr ergänzen, daß beide Formen des Klassenkampfes sind, deren jeweilige Anwendung sich aus dem Stand der Klassenkräfte ergibt; daß Parlamentarismus an sich nicht konterrevolutionär ist, seine Handhabung freilich zur Begünstigung konterrevolutionärer Zustände führen kann, und in Deutschland durch die Praxis der SPD dazu geführt hat. Da gilt es sehr genau zu unterscheiden, sonst wird das Kind mit dem Bad ausgeschüttet. Und es kommt dann zu der Verwechslung zwischen Diktatur des Proletariats, welche eine Art der Machtanwendung der proletarischen Mehrheit gegen die (rebellierende) kapitalistische Minderheit ist, mit der Konzeption eines Hitlers, die in Terrorismus und „Körperrollen“ gipfelt, die nichts anderes ist als die Diktatur einer Minderheit, also ganz gewiß keine proletarische.“

Kleines Feuilleton

Wie die Goldküste Kakaoland wurde.

In Accra und Kumasi, den Hauptplätzen an der Goldküste, der englischen Kolonie in Ober-Guinea, will man Tette Kwesi, der den Grund zu dem Kakaoporthandel der Goldküste legte, ein Denkmal errichten. Kwesi war ein Schmied aus Mampong. Er brachte im Jahre 1879 die ersten Kakaoschoten von der kleinen spanischen Insel Fernando Po nach der Goldküste und pflanzte die Samen in seinem Gartenlande aus. Vier Jahre später erzielte er nicht weniger als ein Pfund Sterling je Schote von der Ernte des kleinen Stückchens Erde. Das war der Ausgangspunkt einer Entwicklung, die schließlich aus der Goldküste ein Kakaoland machte, das mehr als die Hälfte des gesamten Weltverbrauchs an Kakao zu decken vermag. Die ersten Verschiffungen von Kakao von Westafrika erfolgten 1891 mit einer Verfrachtung von 80 Pfund im Werte von vier Pfund Sterling. In 40 Jahren hat die Kakaofuhr der Goldküste die Höhe von 250 000 Tonnen erreicht. Während noch im Jahre 1878 nicht ein einziger Kakaobaum auf der Goldküste vorhanden war, schätzt man heute die Zahl der Kakaobäume der dortigen Plantagen auf annähernd 200 Millionen.

England feiert Goethe.

An der Spitze der Veranstaltungen, mit denen England den 100. Todestag Goethes begeht, steht das „Commemoration Committee“ der englischen Goethesellschaft. Nach dem soeben veröffentlichten Programm wird die Gesellschaft Goethes „Urfaust“ in deutscher Sprache durch das Aachener Stadttheater in

Es ist etwas deprimierend, wenn man so etwas Einfaches noch kommentieren muß. Was hier gesagt wird, ist doch ganz deutlich: Erstens, daß Diktatur noch nicht Terror sein muß, sondern nur unter Umständen zur Anwendung von Terror führen kann. (Was zu unterscheiden sehr nötig ist.) Kleineibst nimmt nicht einmal Stellung gegen Terror. Er warnt nur vor dieser Verwechslung. Leider ist ja anzunehmen, daß Genosse Schaber auf diesem Gebiete Gelegenheit zu praktischen Studien haben wird. Kapitalistische Diktatur haben wir dauernd gehabt seit Anbeginn des Kapitalismus (nach allgemeiner Uebereinstimmung unter uns). Ansätze zu einer terroristischen Diktatur haben wir seit etwa der Periode der Notverordnungen. Und die Vollendung des Terror werden wir erleben, falls nicht das Proletariat sich in einer einheitlichen Aktion dagegen auflehnt. In Rußland haben wir eine proletarische Diktatur mit terroristischen Zügen infolge der Schwäche des russischen Proletariats. Nirgends in Kleineibsts Ausführungen wird dieser russische Terrorismus mit Hitlers Terrorismus gleichgesetzt. Es wird nur vor der Verwirrung gewarnt, anzunehmen, daß nun notwendig jede Diktatur diesen terroristischen Charakter zeigen müsse. Wenn eine solche Aufforderung zum Nachdenken gleich eine solche Husaren-attacke auslöst, so ist es schwierig, an die Möglichkeit einer Diskussion zu glauben. Wie gut, daß Rosa Luxemburg, die immer sehr scharf zwischen Diktatur und Terrorismus scheidet, nicht mehr am Leben ist. Wie würde sie von dem Genossen Schaber in Grund und Boden geritten sein.

Daß das Proletariat vor und während einer Revolution niemals eine gesinnungsmäßig und politisch geschlossene Einheit bilden wird, dürfte allgemein angenommen sein. Wenn also wie bei Kleineibst von einer proletarischen Mehrheit die Rede ist, so meint man sinnvoll die Mehrheit des Proletariats, die klassenbewußt und daher zu politischer Aktion fähig ist. Aber gerade hier setzt die Notwendigkeit der von Kleineibst gewünschten Diskussion ein. In Rußland hat nicht die Mehrheit des Proletariats, sondern eine Minderheit des Proletariats für die noch nicht klassenbewußte Mehrheit die Macht ergriffen. Daraus erklärt sich der Weg der russischen Revolution und zum großen Teil ihr terroristischer Charakter. Ich halte — und glaube darin mit Kleineibst übereinzustimmen — diesen Weg in Deutschland wegen der ganz anderen Verhältnisse, der viel stärkeren politischen Organisiertheit des Proletariats für ungangbar. Wir stehen vor der, den Russen gar nicht gestellten Aufgabe, die Mehrheit des politisch organisierten, aber noch der bürgerlichen Illusion verhafteten Proletariats (siehe Eiserner Front) von dieser Illusion zu lösen. Erst wenn uns das gelingt, öffnet sich uns der Weg zur proletarischen Diktatur. Schaber ist anderer Meinung? (Sonst wäre seine Husarenattacke unverständlich.) Dann soll er uns entsprechend Kleineibsts Forderung diese seine Meinung auseinandersetzen. Es wäre das ein fruchtbarer Beitrag als die Abwehr eines gar nicht erfolgten Angriffs auf das heilige Wort Diktatur, dessen Begriff und Funktion zu bestimmen, ist für ihn offenbar verdammenswerte Ketzerei. „Das Wort sie sollen lassen stahn.“

Dasselbe, was von der Diktatur galt, gilt vom Räteystem. Ich lese aus Kleineibsts Äußerungen darüber die sehr berechtigte Sorge, daß etwas, was alle (soweit ich sehe) für eine wichtige Aufgabe halten: der Aufbau dieser proletarischen Organisationen, gehindert

wird durch allgemeine schlagwortartige Forderungen, welche nichts anderes zum Ausdruck bringen als die Ueberzeugung, daß alle heutigen Organisationen in sich selbst von Uebel, die Räte aber an und für sich begnadet seien mit aller Fülle revolutionärer Erkenntnisse. Es ist demgegenüber nicht überflüssig hervorzuheben, daß die einzigen mit wirklicher Macht ausgestatteten Räte, die wir in Deutschland gehabt haben, die Arbeiter- und Soldatenräte es waren, welche alle antirevolutionären Maßnahmen der Mehrheitssozialdemokratie zu Beschlüssen erhoben, daß also die Forderung, die Räte vor allem funktionsfähig zu machen (das ist wörtlich Kleineibsts Forderung), indem man für ihre politische und wirtschaftliche Schulung sorgt, eine im wahrsten Sinne revolutionäre ist. Alles was Schaber darauf erwidert, besagt dasselbe, nur scheint er zu glauben, daß Aufrufe zu Einheitsaktionen und Bildung von Aktionsausschüssen diese Schulung bereits hinreichend besorgen. Eine Illusion, vor der man gar nicht genug warnen kann. Denn sie bezeugt im Grunde wieder einen Glauben an die Wunderkraft von Worten, der vor Tatsachen, den sehr harten wirtschaftlichen Tatsachen und Aufgaben jammervoll versagen wird.

Endlich verlangt Schaber „ein unverklausuliertes Bekenntnis zu dem sozialistischen Aufbau der Sowjetunion“ und sieht in Kleineibsts Definierung der Sowjetwirtschaft als Staatskapitalismus eine Art Verrat an sozialistischen Grundsätzen, eine „Diskreditierung“. Wer darin eine Diskreditierung erblickt, der hat wohl keinerlei Begriff davon, welche schwere und lange Übergangsstufen zum Sozialismus jene Wirtschaft zu durchlaufen hat, und daß dieser Weg in Rußland unvermeidlich länger und schwieriger sein muß als in andern Ländern. Ist eine solche Feststellung bereits eine Gefahr für die revolutionäre Gesinnung der Arbeiterschaft, dann steht es äußerst schlecht um die Revolution, denn dann ist jede nüchterne Tatsachenfeststellung reaktionär und Verrat. Wir sind mit solchen Behauptungen bereits mitten in kommunistischen Gepflogenheiten. Und ich sehe in der Tat nicht, daß noch irgendein grundsätzlicher Unterschied uns vom Thälmann-Kommunismus scheidet, wenn das „unverklausulierte“ Bekenntnis zu allem, was in Rußland vor sich geht, zum Grundsatz und sogar zu einem Programmpunkt erhoben wird. Wir würden dann ja dahin kommen, daß jedes Wort einer bescheidenen Kritik an russischem Vorgehen „parteischädigender“ Auschlußgrund würde, und damit übertragen wir denn freilich den Gesinnungs- und Meinungsdruck in der SPD erheblich. Es blieb allerdings einer solchen Partei auch nicht der mindeste Existenzgrund. Sie könnte und dürfte nichts anderes tun, als mit „unverklausuliertem Bekenntnis zu Sowjetrußland“, das heißt logischerweise mit unbedingter Unterordnung unter die russische Leitung, sich in die Kommunistische Partei aufzulösen.

Aus allem, was der Genosse Schaber schreibt, spricht eine völlige Unfähigkeit (oder Unwilligkeit), kritischen Auseinandersetzungen zu folgen, ein naiver Glaube daran, daß das Wort an sich schon einen politischen Grundsatz bedeute, eine blinde Abneigung gegen alle tatsächlichen Fundierungen unserer Forderungen. Ich kann mir überhaupt keine bessere Illustration zu Kleineibsts Warnungen denken als diese Antwort. Es spricht aber weiter daraus eine Selbstsicherheit, welche von vornherein jede Ansicht, welche auch nur scheinbar von der eigenen differiert, für unwürdig hält, geprüft zu werden. Das ist der Geist, der in der KPD und der SPD jede Parteidemokratie und damit jede proletarische Politik unmöglich gemacht hat. Schaber will nicht, daß man ihn „Wortfetischismus“ und „Dogmatismus“ nennt. Er glaubt, mit diesem Geist eine Massenpartei aufbauen zu können. Er kennt nämlich nicht das Mißtrauen dem Worte gegenüber, er glaubt mit dem Wort den klaren Begriff zu haben, und verfehmt bereits den Versuch, einen Begriff klarzustellen. Warum? Weil er ein tiefes Mißtrauen gegen den Geist hat. Bestimmte unangreifbare Formulierungen sind ihm das „logische Fundament“ einer proletarischen Organisation. Er fürchtet Abfall von revolutionären Grundsätzen, wo diese Formulierungen fehlen.

Ach, an Formulierungen hat es uns nie gefehlt. Weder die SPD noch die KPD hat darin versagt. Aber beide haben auch nie versagt, wenn es galt, revolutionäre Formeln opportunistisch zu mißbrauchen. Gegen Opportunismus gibt es keine Versicherung durch Formeln, sondern nur durch den revolutionären Geist, der opferbereit und entschlußfähig ist. Wir alle, die wir nach schweren Kämpfen uns entschlossen haben, mit der SPD trotz ihren schönen Programmformeln zu brechen, haben bewiesen, daß wir diesen Geist besitzen. Wir dürfen verlangen und wir verlangen, daß uns das Vertrauen geschenkt wird, das diesem Beweise entspricht, und daß man auf unsere menschliche Hingabe an die Sache des Sozialismus mehr baut als auf die Worte, mit denen sich so trefflich ein System erbauen läßt. Darum aber wollen wir gehört werden. Und zwar verlangen wir das, was der Engländer „fair hearing“ nennt: ein Hören mit dem Willen zum Verstehen und mit dem Willen zur Verständigung, auch dann, wenn wir warnen müssen.

Filmaufnahmen auf dem Meeresgrund.

Eine russische Filmgesellschaft hat in den zwanzig Meter unter dem Meeresspiegel liegenden Trümmern der vor 1500 Jahren versunkenen altgriechischen Stadt Chersones in der Krim Aufnahmen gemacht, die nun zu einem dokumentarischen Film „Die Stadt auf dem Meeresgrund“ zusammengestellt werden. Von einem als Taucher ausgerüsteten Operateur sind mit einer neuartigen Unterwasserkamera fünfzehnhundert Meter Film gedreht worden.

SAP Bezirk Westfalen Nord

Der Bezirksvorstand ruft für den Bezirk Westfalen-Nord auf Sonntag, 28. Februar, 14 Uhr, einen außerordentlichen

Bezirkstag

- in. Tagungsort: Volkshaus Buer.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Reichsparteitag;
 2. Die politische Lage: Referent Genossin Dr. Frankenthal, Berlin, Md.L.;
 3. Die Präsidentenwahlen;
 4. Die Preußenwahlen.
- Die Vertretung der Ortsgruppen auf dem Bezirksparteitag ist im Rundschreiben vom 21. Februar geregelt. Dem außerordentlichen Bezirksparteitag geht voraus eine öffentliche Kundgebung der SAP mit Genossin Angelica Balabanoff-Paris im Lokal Eppmann in Buer. Beginn 10 Uhr. Der Bezirksvorstand.

Düsseldorf

Unsere Parteimitgliederversammlung. Genosse Zöllig sprach über den kommenden Bezirks- und Reichsparteitag, über die Reichspräsidentenwahl und die bevorstehende Landtagswahl. Die Aussprache zu diesen Fragen war sehr lebhaft. Besonders wurde die Entscheidung des Parteivorstandes in der Reichspräsidentenfrage weitgehend besprochen. Ein Antrag, der die Entscheidung des Parteivorstandes begrüßt wurde mit Mehrheit angenommen. Zum Reichsparteitag werden von Düsseldorf die Genossen Katzenstein, Reichenbach, Zöllig und die Genossin Pahl vorgeschlagen. Als Kandidaten für die Landtagswahl kommen Genosse Zöllig und Genossin Kersting in Vorschlag. Zum Bezirksparteitag in Ratingen werden nachfolgende Delegierte gewählt: Fritz Becker, Kurt Hecht, Sally Katzenstein, Adolf Klopffleisch, Grete Lamberts, Ilse Reichenbach, Fritz Reinstädler, Klara Pahl und Willi Sonntag. Zur Bestreitung der Delegationskosten wurde beschlossen, für die Monate März und April je eine Wochenmarke als Extrabeitrag zu zahlen. Weiter sollen alle Parteimitglieder in festem Angestelltenverhältnis einen regelmäßigen Sonderbeitrag bezahlen. Unter Pressefrage wurde dem Vorstand die Aufgabe erteilt, zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, unsere Zeitungen als Bezirkszeitungen herauszubringen. Ueber den Schutzbund berichtet kurz Genosse Sengepek. Für die Frauenarbeit wurde eine Frauenkommission gewählt mit den Genossinnen: Pahl, Katzenstein, Kersting, Keime und Christiani. Zum 1. Mai soll versucht werden, eine gemeinsame Morgenveranstaltung aller proletarischen Organisationen durchzuführen. Die Abendveranstaltung wird die Partei selbst durchführen. Am 27. Februar findet eine Betriebsraterversammlung im Lokale Taunus mit dem Genossen Fritz Sternberg statt. Mit einem Hinweis auf den Vortrag der Genossin Balabanoff wurde die Versammlung geschlossen.

„Eiserne Front“! Die Katze aus dem Sack gelassen hat jetzt der Angestellte des ZdA, Kornacker, indem er in einer Bezirksversammlung erklärte, die Teilnahme an der „Eisernen“ sei vom Verbandsvorstand und -beirat beschlossen, und wer sich ausschließt, könne im Verband keine Funktion mehr ausüben. Davon hat bis jetzt noch in keinem Aufruf etwas gestanden. Was bedeutet dies? Nach außen gibt man an, den Faschismus bekämpfen zu wollen, während man nach innen selbst den Faschismus einführt. Weiter, daß die Gruppen, die jahrelang vorher gewarnt haben vor Handlungen, die das Wachsen des Faschismus begünstigten, nun kaltgestellt werden sollen. Wenn vor noch nicht einem Jahr in Versammlungen derselben Korporationen, die heute die „Eiserne Front“ bilden, davon geredet wurde, daß wir gegebenenfalls gezwungen sein würden, uns den Sozialismus auch auf den Barrikaden zu erkämpfen, setzte ein allgemeines Niederknüppeln ein. Heute bilden dieselben Leute Hundertschaften und Hammerschaften — nicht zum Spaziergehen, sondern um nötigenfalls dem Faschismus mit gleicher Münze heimzahlen zu können. Allenfalls ist gegenüber solchen plötzlichen Wandlungen Mißtrauen sehr verständlich. Die Gewerkschaft, in diesem Fall der Zentralverband der Angestellten, mögen davor gewarnt sein, Mitglieder gewaltsam in die Hindenburg-Front hineinzupressen.

„Wir schwindeln nicht“, diesen Satz läßt der Parteisekretär Richter, Phrasenheld der Düsseldorfer SPD, plakatiert und ladet damit zu einer Kundgebung der „Eisernen Front“ ein. Selbstverständlich haben wir uns auch für den ersten öffentlichen Aufmarsch der „Eisernen Front“ interessiert, aber o Schreck, was das hiesige SPD-Organ über diesen Aufmarsch berichtet, ist „lauterste Wahrheit“. — „Weit über 10 000 Menschen waren auf den Beinen, um in den Kundgebungen der „Eisernen Front“ sich zur deutschen Republik zu bekennen.“ — „aber wer konnte annehmen, daß alle drei Säle wegen Ueberfüllung geschlossen werden und Tausende umkehren mußten?“ Doch diese Wahrheitssucher schreiben an anderer Stelle ihres Berichts — „4000 Personen im Planetarium, 2500 im Kaisersaal der Tonhalle und 1000 im Rittersaal“. Nach unserer Rechnung ergibt das nicht weit über 10 000, sondern immer noch 7500 Personen. So schlagen sich die Wahrheitssapostel in ihrem eigenen Bericht. Aber auch diese Zahlen sind noch sehr hoch gegriffen. Nach unseren Feststellungen waren in allen drei Kundgebungen zusammen 5500 Personen. Das ist für Düsseldorf, trotz der eifrigen Werbung von Gewerkschaften, Reichsbanner und Sportkartell kein so glänzender Aufmarsch, wie ihn diese Wahrheitssucher hinstellen wollen. Aber auch die Schließung der Säle wegen Ueberfüllung ist glatt erfunden, keiner brauchte umzukehren und die Tonhalle hätte noch viele Hunderte aufnehmen können. Doch „wir schwindeln

Bezirksparteitag Westfalen-Süd

Ein gut Stück fruchtbringende Arbeit wurde geleistet, und neue Wege gezeigt für die Arbeit der kommenden Monate. Das ist, in wenige Worte zusammengefaßt, das Ergebnis des Bezirksparteitages des Bezirks Westfalen-Süd, der in Dortmund unter dem Vorsitz der Genossen Pieper und Koch tagte.

Nach kurzen Begrüßungsworten durch den Bezirksvorsitzenden, Genossen Decker, und einem Liedvortrag durch die Genossen des SJV begann die Erledigung der umfangreichen Tagesordnung. Genosse Decker erstattete den Bericht über den Stand der Bewegung, der ein ausgezeichnetes Bild gab über das schnelle Wachsen und über die freudige Aufnahme, die die SAP überall findet. Was Genosse Decker hierbei über die besten Methoden der Agitation und über die Werbemöglichkeiten einflachte, wird nicht ohne Früchte bleiben. Ueber die „Rhein-Ruhr-Fackel“ und die „SAZ“ berichtete Genosse Lohoff, Bochum, über den Stand der Kasse Genosse Franke, über die wichtige Arbeit in den Gewerkschaften Genosse Babucke und über die Frauenarbeit Genossin Dauer. Wertvolle Ergänzungen und treffliche Fingerzeige bot die anregende Aussprache, die sich an die Berichterstattung anschloß und die nicht nur unsere mündliche Agitation zu befruchten geeignet war, sondern auch für die Vergrößerung des Leserkreises unserer Parteiblätter günstige Resultate zu zeitigen geeignet ist.

Auch der Schutzbund wurde sehr ausgiebig behandelt, wobei von allen Genossen, die dazu sprachen, immer wieder hervorgehoben wurde, daß es sich hierbei um

keine Soldatenspielererei

handeln darf, sondern eine proletarische Klassenwehr, die im entscheidenden Augenblick im Interesse der Arbeiterklasse einzusetzen ist.

Genosse Hoese begrüßte im Namen des SJV den Parteitag und überbrachte das Ergebnis, daß die Jugend nicht nur mitzubereiten bereit ist, sondern auch mitzukämpfen. Ueber Programm und Satzungen sprach

Genosse Schnur-Dortmund. Seine Vorschläge über Ergänzungen der Satzungen fanden die Zustimmung des Parteitages.

Eine Reihe von Anträgen, über die im Einzelnen zu berichten zu weit führen würde, fand im Anschluß an die Geschäftsberichte, Annahme. Angenommen wurde ferner eine Sympathiekundgebung für den Genossen Herbers, gegen den die kulturpolitische Reaktion unter einem sozialdemokratischen Kultusminister ein Kesseltreiben unternehmen kann.

Die Wahl des Bezirksvorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Decker-Dortmund; 2. Vorsitzender: Linnepe-Ländscheid; Schriftführer: Schnur-Dortmund; Kassierer: Franke-Dortmund; Presseobmann: Lohoff-Dahlhausen; Obmann für Gewerkschaftsarbeit: Babucke-Dortmund; Obmann für Sozialpolitik: Flieger-Dortmund; Obmann für Kulturpolitik: Greien-Dortmund; Schutzhund: Rohkämper-Marten; Frauengruppe: Genossin Maria Dauer-Herne.

Den Höhepunkt des Parteitages bildete das leider an den Schluß gesetzte Referat des Genossen Dr. Fritz Sternberg-Berlin über die Krise des Kapitalismus und die Aufgaben der SAP.

Was Genosse Sternberg in zweiündiger Rede über die Ursachen und das Wesen der gegenwärtigen Krise sagte, über die Rat- und Hilflosigkeit des Reformismus, über die nicht minder verhängnisvolle Politik der kommunistischen Partei, wie er die Hintergründe des Faschismus aufzeigte, daneben gewisse Probleme wie er andererseits die Notwendigkeit des Zusammenfassens der Arbeiterklasse begründete und die proletarische Diktatur als einzigen Ausweg gegen die kapitalistische Diktatur und die offene und ehrliche Politik der Sozialistischen Arbeiter-Partei als das A und O im proletarischen Klassenkampf herausstellte — all dies fand gespannte Aufmerksamkeit und lebhafteste Zustimmung.

Ratingen

Angelika Balabanoff, Paris, die Vorkämpferin des russischen und italienischen Proletariats, spricht in einer öffentlichen Versammlung der SAP Donnerstags, 25. Februar, 19.30 Uhr, im Saale Roßlenbroich, Mülheimer Straße. Sorgt für Massenbesuch!

Die Mitgliederversammlung der SAP war von über 100 Genossinnen und Genossen besucht. Hauptpunkt der Tagesordnung war ein Vortrag des Genossen Aman, Köln, über unser Parteiprogramm. Der Redner behandelte den Entwurf dazu in seinen Einzelheiten. Er erklärte, daß das Programm der SAP ein klares, unzweideutiges Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats enthalten müsse. An der Aussprache beteiligten sich eine ganze Anzahl Genossen in zustimmendem Sinne. Für den am 28. Februar stattfindenden niederrheinischen Parteitag wurden sieben Delegierte gewählt. Als Delegierter für den Reichsparteitag wurde Genosse Zöllig und als dessen Stellvertreter Genosse Rosen-dahl in Vorschlag gebracht. Verschiedene Anträge an den Bezirks- bzw. Reichsparteitag betreffend Beitragserhebung und -abführung und die Presse gelangten einstimmig zur Annahme. In der Präsidentenfrage stellte sich die Versammlung einmütig auf den Standpunkt des Parteivorstandes. Zur Preußenwahl am 8. Mai beschloß die Versammlung, dem Bezirksparteitag den Genossen Zöllig als Spitzenkandidat für den Bezirk vorzuschlagen.

Frankfurt a. M.

Mieterversammlung in der Friedrich-Ebert-Siedlung. Der Mieterat der Friedrich-Ebert-Siedlung hatte eine Versammlung einberufen. Es sollte Stellung genommen werden zu der Tatsache, daß die Erwerbslosen der Friedrich-Ebert-Siedlung, soweit sie beim Fürsorgeamt in Unterstützung stehen, nicht in den Genuß der gekürzten Mietsätze kommen. Etwa 125 erwerbslose Siedler waren erschienen. Als Referent sollte von der SAP Genosse Treser, von der KPD Fischer sprechen. Fischer war nicht erschienen. An seiner Stelle sprach Huber (KPD). Doch statt ernstlich zu der Mieterfrage Stellung zu nehmen, verlor er sich in ein wüstes Geschimpfe gegen die SAP. Die Versammlung ließ sich das nicht gefallen. Sie verlangte von dem Redner, daß er sich an die Tagesordnung hielte.

Um zu retten, was zu retten war, hatten die Kommunisten Konrad Lang herbeigeholt. In der Zwischenzeit hatte unser Genosse Treser das Wort ergriffen. Er wies darauf hin, daß die Stadt Frankfurt a. M. ein Goethe-Buch herausgegeben hat, in dem man von den Vorzügen der bisherigen Siedlungen spricht, aber kein Wort findet über das Elend, das in diesen Siedlungen herrscht. Die Siedlungsbewohner seien weit schlechter daran, als die Bewohner der Altwohnungen, die wenigstens einen Hauszinssteuernachlaß hätten. Unser Genosse Treser legte eine Resolution vor, die den Magistrat aufforderte, die Senkung des Mietzuschusses für die Siedler rückgängig zu machen. Das paßte den anwesenden Kommunisten nicht in den Kram. Ihr Sprecher, Konrad Lang, setzte es durch — um die Annahme der SAP-Resolution zu verhindern —, daß ein Ausschuß gebildet wurde, der fast völlig aus Indifferenten besteht, der noch einmal eine Entschließung auszuarbeiten hat. Mit solchen parteitaktischen Manövern, wie sie die KPD beliebt, treibt man nur Schindluder mit den Interessen der Mieter.

Die Fürsorgegerichtsätze werden um 7 Prozent gekürzt. Wie vorauszusehen war, hat der Magistrat die Fürsorgegesetze erneut ge-

kürzt. Innerhalb der letzten zwei Jahre hat man damit den Fürsorgeempfängern die Untererstützung das fünfte Mal gekürzt.

Rüsselsheim

Die Eiserne Front hatte man zu einer Kundgebung aufgefordert. Wie wichtig die Kundgebung war, bewies die Teilnehmerzahl von 250 Personen. Wenn man nun bedenkt, daß Rüsselsheim ein ausgesprochener Arbeiterort ist, mit über 10 000 Einwohnern, so kann man feststellen, daß man auch mit dieser Parole bei den hiesigen Arbeitern imponieren kann. Beim Betreten des republikanisch geschmückten Saales, zu dem man auch die Bilder der alten Klassenkämpfer Bebel und Liebknecht verwandte, entdeckte man (am Vorstandstisch) Dorfner-Rüsselsheim, Wolf Landessportkartell Darmstadt und Dr. Adelung, Staatspräsident von Hessen, den eigentlichen Redner des Tages. Staatspräsident Adelung sprach wiederholt von der Verteidigung der demokratischen Staatsform, in die man dann den Sozialismus einziehen wolle. Er übersieht aber, daß es in einem kapitalistischen Staat keine Demokratie geben kann. Heute geht es ja nicht mehr um Republik oder Hitler, um Demokratie oder Faschismus, heute geht es um Kapitalismus oder Sozialismus. Und weil dies dem Arbeiter klar ist, war vorauszusehen, daß die „wichtige“ Kundgebung der eisernen Front eine Pleite werden mußte. Ein trauriges Schauspiel hat man den Nazis am Orte gegeben. Aber dessen ungeachtet, müssen die Rüsselsheimer Arbeiter, ganz gleich welcher Partei sie angehören, sich zusammenschließen in der roten Klassenfront, um im gegebenen Moment nicht nur die erstarrte Reaktion zurückzuschlagen, sondern darüber hinaus das kapitalistische System zu beseitigen.

Ulm

Das Blautal wird vorwiegend von der Zementindustrie beherrscht. Durch Rationalisierung und Krise sind große Massen der Bevölkerung arbeitslos geworden, und da sie noch dazu schlecht entlohnt wurden, sind Not und Erbitterung heute besonders groß. Die SAP hat nun auch dort Fuß gefaßt. In einer öffentlichen Versammlung in Klingenstein — KP- und SP-Genossen waren stark vertreten — sprach Genosse Rück über „Kampf oder Untergang des Proletariats“. Er zeichnete kurz die Lage des Proletariats und sagte dann in seinen weiteren Ausführungen, daß diese Lage sich auch nicht bessern würde, wenn der Kapitalismus nochmals bessere Tage sehen würde. Diese Erkenntnis zwingt den klassenbewußten Arbeiter, den Kampf mit dem kapitalistischen System aufzunehmen. In der Diskussion sprach als Wortführer der SPD Genosse Landtagsabgeordneter und Redakteur Göhring, außerdem der Parteisekretär der SPD, Weiler-Ulm. Die Stimmung im Blautal ist für die SPD nicht günstig. Viele Mitglieder der SPD sind schon zur KPD gegangen. Die Stimmung in den Ortsvereinen der SPD ist so, daß nur einige Funktionäre zur KPD zu gehen brauchen, und die ganzen Ortsvereine gehen sofort mit. Nun ist vor einigen Wochen der Vorsitzende der SPD, Klingenstein, ausgetreten und hat sich mit uns solidarisch erklärt. Sein starker Anhang und die öffentliche SAP-Versammlung waren Sturmzeichen; sie wollten, nun galt es zu retten, was zu retten war. Hatte schon ihr Erscheinen unter der Mehrzahl der Besucher Unwillen erregt, so lösten ihre Diskussionsreden stürmische Zwischenrufe aus. Sie gingen auch zum kleinsten Teil auf das Referat ein, vielmehr provozierten sie häufig, und dann kam die bekannte Eiserne-Front-Walze. Die kommunistischen Diskussionsredner waren mit einer Ausnahme sehr sachlich, und wenn wir im Blautal unsere organisatorische Festigung erfahren haben, wird es wohl möglich sein, in gemeinsamen Fragen zusammenzuarbeiten. Die Schlussworte des Genossen Rück fanden allgemeine Anerkennung.

„Politische Kinderrei“, so überschreibt der SPD-Redakteur Göhring seine Zeitungspolemik in der „Donau-Wacht“ gegen unsere öffentliche Versammlung in Klingenstein mit dem Genossen Rück, Berlin, als Referenten. Es ist Gemeingut der württembergischen SPD-Presse, daß Göhrings Zeitung die schlechtest geleitete weit über Württembergs Grenze hinaus ist. Sein Geschreibsel über unsere Versammlung ist dementsprechend. Angenommen, Rück Referat sei nach einem „alten Kommunisten“-Manuskript gehalten, was nur Göhring, sonst niemand entscheiden kann, ist immerhin als sicher festgestellt, daß Göhring seine uralte reformistische Stimmenmehrheits-Macht-Politik hergibt, von der ja längst die SPD-Arbeiter sagen: „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Gegen den Vorwurf des „verkannten Führers“ brauchen wir uns nicht zu wehren, denn die Leitung der SAP in Ulm haben immer Genossen, die in der SPD Ortsvereinsvorstandsmitglieder waren.

Organisationsnachrichten

- SAP Ortsverein Düsseldorf: Bildungskurs: Montag, 29. 2. 20 Uhr, bei Katzenstein, Antonstr. 15, Arbeitsgemeinschaft Einführung in den dialektischen Materialismus. Genossin Reichenbach. Dienstag, 1. März, 20 Uhr, bei Reichenbach, Pariser Str. 119, Arbeitsgemeinschaft, Ursprung der Familie. Genosse Beize. Dienstag, 1. März, 20 Uhr, bei Katzenstein, 1. Abend des Referentenkurses. Referent: Genosse Zöllig. Die zu diesem Kursus eingeladenen Genossen werden erwartet. — Distrikt Bilk: Frauenversammlung, Dienstag, 1. 3. 20 Uhr, im Lokal Koster, Gladbacher Straße. Referent: Genossin Kersting. Unkosten: keine. — Distrikt Rath: Dienstag, 1. März, 20 Uhr, Versammlung im Rath Brauhaus Westfalenstraße. Referent: Genosse Katzenstein.
- SAP Unterbezirk Dortmund: Funktionär-Wochenendkurs, Samstag, 5. 3., Sonntag, 6. 3., in Dortmund, Kolonialhof, Belenstraße (Römerzimmer). Genossin Anna Siemsen spricht über das Thema: „Die SAP im Kampf um den Sozialismus, ihre Grundätze und ihre Taktik.“ Jede Ortsgruppe stellt 1 oder 2 Teilnehmer (Teilnehmergebühr 1 Mark). Sofortige schriftliche Teilnehmermeldung unter Angabe, ob Frequenzkarte erforderlich, an den Genossen C. Diemer, Dortmund, Burggrabenstr. 13.
- Rote proletarische Einheitsfront Dortmund: Montag, 29. Februar, 1935 Uhr, im Lokal Teulenberg, Dortmund, Westerbilchstraße, gemeinsame Mitgliederversammlung von Arbeiter- und Bauernpartei, Freie Arbeiter-Union, KPD-Opposition und Sozialistische Arbeiterpartei. Kein Genosse darf fehlen!

Sportschau der SAZ

Ist so was schon dagewesen?

Sozialdemokratische Lehrer gegen A. T. V.-Kindergruppe

Im Arbeitervorort Moisling bei Lubeck tumt die Kindergruppe des Arbeiterturnvereins in der Schulturnhalle. Der Leiter der Gruppe ist ein SAP-Genosse.

Am vergangenen Freitag hatte sich der Sechshöcker Seehaus in der Turnhalle versteckt. Nachdem die Kinder mit dem Kartturnen begonnen hatten, kam Seehaus, der ein SPD-Mann ist, durch die Halle in den Vorraum auf unsern Genossen Leiter der Kindergruppe zu und fuhr ihm an das sei kein Turnen, das sei Toben, die Gruppe hatte dort die längste Zeit getobt usw.; übrigens hatte das Lehrerkollegium schon beschlossen (Seehaus, Waterstradt, Hermann, Heuer — alles SPD-Lehrer), der Gruppe die Halle zu entziehen.

Rein formell ist es schon interessant, welche Befugnisse sich die Lehrer zumuten, denn der ATV hat die Halle doch von der Oberschulbehörde Lubeck gemietet. Sie sagen nun, die Gruppe sei nicht in ordentlicher Leitung und wollen das mit dem „Toben“ usw. begründen. Daß vor jedem Turnabend für die Kinder eine

halbe Stunde freie Beschäftigung in der Halle, das Kartturnen also, stattfindet, können sie nicht leugnen. Sie können ja auch nichts davon und sehen lieber, wenn alles nur in Reih und Glied vor sich ginge. Aber in Wirklichkeit kommt es ihnen darauf gar nicht an. Die technische Unzulänglichkeit des Leiters wird vorgeschoben, weil man ihn politisch nicht leiden kann. Ein SAP-Mann? Pfui, der kann doch nicht Funktionär bei den „sozialdemokratischen“ Turnern sein.

Die Sportgenossen sind empört, weil sie den Leiter der Kindergruppe als sehr tüchtigen Sportleiter kennen. Darum dürfte es interessant sein, wer in der Auseinandersetzung zwischen dem einfachen Machtdruck der SPD-Lehrer und ihrer Behörde einerseits und den Arbeitersportlern andererseits sich durchsetzen wird. Wir sind pessimistisch.

Aber der Skandal soll heute schon angeprangert sein!

sehr schnell ab, was für das Spiel ausschlaggebend war. Stöcken konnte sich auf dem eigenen recht kleinen Platz nicht recht entpuppen.

Stöcken Jugend—Werdau Jugend 4:6.
Zum Bezirksspiel Plauen—Zwickau am 13. März in Haselbrunn spielt die Bezirksliste wie folgt:

Schneider
Zwickau
Hertel Puschmann
Planitz Hallau
Wolf Rothenberger Herold
Wilkau Zwickau Zwickau
Franke Escher Weigel Metzner Fritzsche
Planitz Hallau Zwickau Planitz Wilkau
Ersatz: Krumbiegel-Gaisdorf.

Thüringer Arbeitersport Fußball

Turnerbund Altenburg—Schmölln 3:1, Friesen Altenburg—Vorwärts Altenburg 3:4, Friesen Jugend—Turnerbund Jgd. 0:1, Meuselwitz I—Rositz I 1:2, Meuselwitz I—Teuchern I 1:3, Meuselwitz II—Teuchern II 1:5, Meuselwitz Jgd.—Hagenest Jgd. 3:3, Kriebitzsch Falke I—Zechau II 2:2, Thraña I—Wyhra I 7:2, Thraña Schüler—Wyhra Schüler 6:1, Zichsendorf I—Turnerbund I 3:3, Zichsendorf II—Haselbach I 5:0, Zichsendorf 3—Haselbach I 5:0, Zichsendorf IV—Falke Kriebitzsch II 2:1, Vorwärts Altenburg I—Göbnitz I 1:2, Pönitz I—Wilkau I 2:2, Pönitz II—Wilkau II 1:5, Vorwärts I—Zedlitz I 0:3 (Handball).

Geräte-Wettkämpfe
B-Klasse: Zschernitzsch 409 und Göbnitz I 416 Punkte, Göbnitz II 404 und Schmölln 411 Punkte, C-Klasse: Zschernitzsch 402 und Göbnitz II 403 Punkte. Vor einer zufriedensstellenden Anzahl von Zuschauern führten Ehrenberg, Rositz, Friesen und Gerstenberg ihre Leistungen aus. Punkte erhielten Ehrenberg 377, Rositz 384, Friesen 377 und Gerstenberg 392.

Kleine Sportnachrichten

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Gau Sachsen, 7. und 8. Bezirk.
Wander- und Ferienheim am Valtenberg bei Neukirch (Hauzitz)
Wanderausflug: Alfred Richter, Zittau, Fescheckstr. 92.
Veranstaltungen der Ortsgruppen.
Radeberg: 26. Februar, Vortragabend „Die Vogelwelt der Heimat“, Ref.: Dr. A. B. Bier, 19.30 Uhr in der Knabenschule.
Kamenz: Die auf den 24. Februar angesetzte Versammlung findet erst am 3. März statt. Am 2. März öffentliche Filmvorstellungen mit dem Film: „Joah—Roah“, mit Beiprogramm: Kindervorstellung 15.30 Uhr Eintritt 10 Pf. Abendvorstellung 20 Uhr. Eintritt: 40 Pf., für Erwerbslose 20 Pf.
Bautzen: 25. Februar, Lichtbildvortrag „Die Welt—handel—und Elbestadt Hamburg“, Ref.: Gen. Herzog, 20 Uhr in der Klosterkirche. 26. Februar, Nw. Grubitz, Binnwitz, Brohmsberg Treffen 13.30 Uhr am Bahnhof. Führer: Gen. Walter.
Großbröderitz: 28. Februar, Treffen 14 Uhr am Krankenhaus. Wenn Schnee mit Rodel. Führer: Genosse Zimmermann.
Kirschau: 28. Februar, Nw. nach dem Valtenberghaus. Treffen 13 Uhr Ende Waldstraße. Führer: Gen. Albert Pletsch.
Schätz: 26. Februar, 20 Uhr, Versammlung im V. L. (Schutzhalle am Steinh. hof).
Neukirch Lausitz: 28. Februar, Nw. nach dem Sonnenhübel. Treffen 13 Uhr am der Schule. Führer: Gen. Wobst. Bei Schnee mit Skiern.

Ballensportfest in Stettin

Unter Teilnahme von 300 Aktiven wurde vor 1800 Zuschauern eine Werbeveranstaltung durchgeführt. Die Leistungen fanden vollste Anerkennung. Das gesamte Sportkartell hatte sich zur Verfügung gestellt. Resultate: Sprinter: Dreikampf: 1. Harig (Z. d. A.) Mädelung, 2. Howler, Stettin; 4 x 100 m Männer: 1. Stettin 46,3 Sek., 2. Z. d. A. Mädelung 47,4 Sek., 3. Korst 49,5 Sek.; 4 x 400 m Männer: 1. Stettin 3:45,6 Min., 2. Berlin Moabit 3:48 Min.; 10 x 1 Runde (250 m): 1. Stettin 5:25 Min., 2. Volkssport Neubolln 5:49,4 Min.; 1500 m Lauf: 1. Wagner-Leipzig 4:15 Min., 2. Langmack-Stettin; Hochsprung: 1. Koch-Benneckenbeck 1,68 m, 2. Wilde-Benneckenbeck 1,63 m; Hallenfußballspiel: BC 1919 Stettin gegen Nemitz 2:0; Handball: Fr. Turnerschaft Bredow gegen Auswahlmannschaft 2. Bezirk 4:1; 3000 m: 1. Wagner-Leipzig 9:18,8 Min.

Besonderen Anklang fanden das Turnen und die Kunstfreibungen der Berliner Riege, die mit Glanzleistungen aufwartete. Würdiger Abschluß wurde dem Fest durch den hundert Mann starken Sprech- und Bewegungschor „Ausklang“.

Handball in Harburg

SJV Harburg-Whbg.—SJV Hamburg-Barmbeck 2:3 (0:1)
Die jungen Barmbecker gewannen gegen die körperlich überlegenen Harburger durch bessere Ausnutzung der sich bietenden Tor Gelegenheiten.

Sachsen-Sport

Athletikwettkampf

V.f.L. Reichenbach I—Kraftsportvereinigung
Nach längerer Ruhepause tritt die 1. Ringgemeinschaft V.f.L. am Sonntag, dem 25. Februar, zum ersten Male in diesem Jahr wieder auf den Plan. Reichenbach wie Zwickau sind gleichwertige Mannschaften und brachten sich wiederholt gegenseitig empfindliche Niederlagen bei. Die Kämpfe stehen vollkommen offen, es wird dementsprechend mit technisch hochstehenden Kämpfern zu rechnen sein. Als Kampfrichter ist Genosse Pletsch-Planitz verpflichtet. Der Kampf ist auf 5 Uhr nachmittags angesetzt.

Heidenau I—Lokwitz I 6:3 (5:2). Vor einer beachtlichen Zuschauerzahl lieferten sich am Sonntag beide Mannschaften einen jederzeit spannenden Kampf. Der hartgeföhrene, unebene Platz ließ aber keine besonderen technischen Leistungen zu. ... und während großer Ueberlebensheit H. durch Elfmeter und Strafstoß zweimal in Führung. H. wurde darauf richtig munter und konnte bis zur Halbzeit 4 weitere Tore erzielen. Nach der Pause war das Spiel jederzeit ausgeglichen und jede Mannschaft kam noch zu einem Torerfolg. Gegen Schluß hatte N. eine harte Note ins Spiel, was schließlich zu verurteilen ist.
Niedersedlitz I—Heidenau II 1:4. N. mußte sich abermals dem jederzeit besseren H. beugen.
Am Sonntag 2. Heidenau I bei Vorwärts Riesa und gewann 2:1.

Handball im Zwickauer Gebiet

Stöcken I—Leubnitz I 3:4. Das erste Treffen beider Mannschaften endete mit einem Unentschieden. Bei dem Spiel am Sonnabend konnte sich der Vertreter der ersten Klasse mit einem knappen Sieg durchsetzen. Bei dem geringen Torvorsprung kann man jedoch Stöcken als fast gleichwertig bezeichnen. Zu berücksichtigen ist ferner, daß Stöcken mit einigen Ersatzleuten antreten mußte. Das Spielfeld war teilweise sehr glatt. Die Gäste fanden sich allerdings mit diesem Umstand

Willhen: Jeden Donnerstag Heimabend in der Wille für die Kinder von 17.30—19.30 Uhr, für die Gruppe von 19.30—22.00 Uhr.
Zittau: Jugendgruppe 26. Februar, Fahrtenberichte und Erlebnisse.
Eibau-Waldorf: 25. Februar fällt unsere Versammlung aus. Wir treffen uns im Hirsch.
Neugersdorf: 27. Februar, 20 Uhr, Hunter Abend im Nußbaum.
Seithensersdorf: Jugendgruppe: 25. Februar, 20 Uhr, Jugendabend im Jugendzimmer, alte Wehschule. — Photogruppe 23. Februar, Zusammenkunft beim Gen. O. Roscher, Begleit 20 Uhr.
Hirschfeld-Reibersdorf: 26. Februar, Spielabend im Heim — 28. Februar, Nach Spitzkennersdorf — Großer Bert. Mit Rad 9 Uhr ab Markt.
Spitzkennersdorf: 25. Februar, 19.30 Uhr, Gruppenabend beim Gen. K. Lwe.
Zu allen Veranstaltungen der Ortsgruppen sind Gäste herzlich willkommen.

Organisationsnachrichten

SAP

Ortsgruppe Zehlendorf: Mitgliederversammlung Freitag, 26. Februar, 20 Uhr, Lokal Lindenpark (Eichsdenzimmers) Tagesordnung: Warum wählt SAP Thiemann?
Ortsgruppe Tempelhof: Freitag, 26. Februar, 19.30 Uhr, im Besprechung der politischen Lage.
Alle Aia-Mitglieder, Friedrich-Wilhelm-Str. 21, Wichtige Lokal Wollschlager, Adalbertstr. 21.
Antifaschistisches Kartell Wedding: Freitag, 26. Febr., 19.30 Uhr, in Schreibers Festzelt, Triftstr. 65, Gesamtmitgliederversammlung. Referent: W. Schaber. Thema: „Lassere Aufgehen im Kampf gegen den Faschismus“.
Gesamtverband: Alle SAP-Genossen, die Mitglied des Gesamtverbandes sind und zur Sektion Gesundheitswesen und Reichsbund der Angestellten gehören, treffen sich zu einer wichtigen Besprechung Freitag, 26. Februar, 20 Uhr, im Lokal Behrend, Gipsstraße 3.
Reichstewerschaft Deutscher Kommunisten: Genossen der SAP am 26. Februar, 20 Uhr im Lokal Behrend, Gipsstraße 3, wichtige Sitzung.
ZdA-Genossen, die bei Behörden tätig sind, treffen sich zu einer Aussprache Freitag, 26. Februar, 20 Uhr, im Lokal Behrend, Gipsstr. 3. Wichtige Tagesordnung.
Sozialistischer Studentenverband: Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. Februar, 15 Uhr, Lokal Schaar, Kilscheunen, Ecke Ziegelstraße. Thema: Strategie und Taktik der Gegenwart. Organisatorisches. Referent: Gen. Boris Goldenberg.

SJV

Mitteilungen der B.L.
Roter Karneval: Alle Karten, gleich ob verkauft oder nicht, müssen bis Freitag abgerechnet sein. Jeden Tag von 10—17 Uhr.
SJV-Sportler: Donnerstag, wichtige Zusammenkunft.
Hallenportfest: Sonntag, 28. Februar, 16 Uhr, Ausstellungenshallen am Kaiserdamm. Besorgt auch alle Karten.
Märzprogramm und Fragebogen sofort an das Sekretariat schicken.
Reichskonferenz: 5. und 6. März in Dresden, Privatquartiere. Wer mitkommen will, muß seine Adresse im Sekretariat abgeben.
Aktionsausschuß: Heute, 25. Februar, Prenzlauer Allee 34.
Heute, Donnerstag, 19. Februar, 19.30 Uhr
Charlottenburg-Mitte: Arbeitsgemeinschaft
Frankfurter Allee III: Alkohol und Arbeiterschaft.
Mitte Nord: Mitgliederversammlung.
Mitte Süd: Tagespolitik.
Moabit: Gemeinschaftsfeier.
Schöneberg-Friedenau: Proletarische und bürgerliche Ehe.
Süd-West: Arbeitsgemeinschaft. Gen. Keck.
Schöneeweide: Mitgliederversammlung.
Westend: Tagespolitik.
Zehlendorf: Arbeitsgemeinschaft.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Roland Beutner, für Inserate: Johannes Hoffmann, Verlag Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. B. H. Druck Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montags.
Reaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2904
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905
Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM 2.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM 2.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. B. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7 Nr. 153 928

Staats-Theater

Oper U. d. Linden
Donnerstag, 25. Febr.
20 — gegen 13 Uhr
Ein Maskenball

Schauspielhaus

a. Gendarmenmarkt
Donnerstag, 25. Febr.
20 — nach 23 Uhr
Cyrano v. Bergerac

Schillertheater

Charlottenburg, Büchsenstraße
Donnerstag, 25. Febr.
20 — gegen 22.45 Uhr
Die endlose Straße

Volkstheater

Theater a. Sadowp.
D 1 Norden 294f
Donnerstag, 25. Febr.
Freitag, 26. Februar
8 Uhr
Fuhrmann Henschel

Rose-Theater

Große Frankfurterstr. 132
Freitag, 25. Febr.
8.15 Uhr
Der Bettelstudent

KINO FÜR JEDE MANN
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus
Potsdamer Platz B 1 Kurf. 2334.
Der herrliche Hochgebirgsfilm
„Der bebende Berg“
mit Hans Behm-Gaden u. Hilda Rosch
in den Hauptrollen
„Onkel Behm“
Das ist ein tief-sinnendes Beiprogramm
Tag ab 9 Uhr vorm.
Sonntag ab 3 Uhr nachm. bis 11 Uhr nachts.
Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlins

HAUS WATERLAND
KURFÜRSTENSTR. 240
DINER
RESTAURANT
BERLINS
BETRIEB KEMPINSKI

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
2 Ton-Großfilme
Hurra — ein Junge
und
Der Widerspenstigen Zähmung
mit Douglas Fairbanks

est den Klassenkampf

Elysium-Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Des großen Erfolges wegen verlängert!
Charlotte Susa in
Ehe m. b. H.
Auf der Bühne
Dajos Belà
mit seinem berühmten Orchester
Emelka-Ton-Wochenschau

Mila-Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Wochentags 5.15 Sonntags 3.15
Kasseneröffnung 1 1/2 Stunde vor Beginn
Eine Nacht im Grand-Hotel

Filmpalast Puhlmann
Schönhauser Allee 148
Der Schlemihl
mit Curt Bois
Die Privatsekretärin
mit Felix Bressart

Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
Invalidenstr. 127
Tonfilm-Tageskino
Vom 23. — 25. Februar 1932
Die Mutter der Kompagnie
und
Schatten der Nacht

Die Ente
Erscheint jeden Donnerstag
Aus dem Inhalt der neuen Nummer:
Völkerbund greift in deutschen Bierkrieg ein / Zur Präsidentenwahl / Der Planer und sein Hund / Die Frau Kommerzienrat in der Badehalle / Die 10 Gaben des Herrn Gossobels
10 Pfennig
Bei allen Zeitungshändlern Probenummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Heberlandstr. 7

Theater des Weddings
Müller-Ecke Selterstraße
Groß-Tonfilm
„Die Pranke“
(Charlotte Susa, Hans Rehmann) dazu
„Monte Carlo“
und das reichhaltige tönende Beiprogramm

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
K. v. Nagy, W. Fritsch
in
„RONNY“
dazu:
Ufa-Ton-Kabarett
Maria Mey, Höbiger, Westermeyer, Dajos Béla
Fox tönende Wochenschau
Anfangszeit: Wochentags 5, 7, 9 Uhr
Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr

IHR VORTEIL
ist es, wenn Sie noch heute für sich und Ihre Familienangehörigen eine
LEBENSVERSICHERUNG
abschließen. Niedrige Prämienätze, günstige Versicherungsbedingungen und größte Sicherheit bietet Ihnen die
VOLKSFÜRSORGE
Gewerkschaftlich Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg 5, An der Alster 57-61.
Auskunft erteilen die Rechaugstellen oder der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5, a.d. Alster 57-61
Kampfsignal morgen neu!

CIRCUS BUSCH
Wir werben alle für die SAZ
Hast Du schon einen neuen Abonnenten?

Gute Gesellschaft für SPD-Arbeiter

Berlin, 24. Februar 1932.

Es wird jetzt ein neuer Wahlauftrag für Hindenburg mit 430 Unterschriften veröffentlicht, unter denen sich finden

12 Generale der Infanterie, Kavallerie und Artillerie

v. Diekhuth-Harrach, v. Eisenhart-Rothe, v. Gerok, v. Hülsen, Ritter v. Ruith, Schriewindt, v. Staabs, Graf v. Montgelas, Graf v. Pfeil, v. Poseck, v. Speidel, Ritter v. Nylander; Generalleutnant v. Graberg, Hahndorff, v. Kabisch, Löffler, Reuter, Rochus Schmidt, die beiden Ritter v. Schoch, v. Teichmann; Generalmajor v. Bernuth, Klotz, Freiherr v. Maltzahn, Reinecke, Graf Spee, Thümmel, v. Winterfeldt; Vize- und Konter-Admirale Dähnhardt, Donner, Fuchs, Heinecke, Klüpper, Lans, Oldekop, Pfeiffer, Graf v. Platen-Hallermund, und eine größere Anzahl anderer Offiziere; ferner die bekannten

Großkapitalisten

Abraham Frowein, Elberfeld; Dr. Haßlacher, Duisburg; Krupp v. Bohlen und Halbach, Essen; Dr. Lejeune-Jung, Berlin; Leopold, Berlin; Dr. Piatscheck, Halle; Dr. Rademacher, Borna, und zahlreiche weitere Großindustrielle.

Weiter schließen sich an zahlreiche

Großagrarien, Fürsten und Grafen,

darunter Graf v. Brünneck-Bellschwitz; Graf v. Dohna, Müllwitz; Freiherr Hiller v. Gaertringen, Gärtringen; Graf v. Hohenthal, Dölkau; v. d. Marwitz, Fredersdorf; Freiherr v. Richthofen, Boguslawitz; Freiherr v. Schönberg; Fürst zu Hetzfeldt-Wildenburg; Ernst Fürst zu Hohenlohe-Langenburg; Fürst v. d. Leyen; Fürst zu Löwenstein; Christoph Fürst zu Stolberg, Roßla; Graf von Adelsmann, Hohenstadt; Graf v. Bernstorff, Junkerwehningen; Freiherr v. Landsberg, Steinfurt; Graf Leyden, München; Freiherr v. Redwitz, München; Freiherr v. Rotenhan, Berlin; Freiherr v. Schönberg-Rothschönberg, München; Graf v. Quadt-Isny, München; Graf Franz und Graf Karl Sprei, Graf und Gräfin v. Waldburg-Zeil; Gräfin Bassewitz, Dätzingen; Exz. v. Boetticher, Berlin; v. Bülow, Dätzingen, Gräfin v. Francken-Siersdorff, Eltville; Gräfin Günther v. d. Groeben, Exz., Berlin; Freifrau von Gumpenburger, München; Freifrau Hiller von Gaertringen, Gärtringen; Gräfin Elisabeth v. Pfeil, Berlin; Gräfin v. d. Schulenburg, Berlin; Gräfin v. Uxkull-Gyllenband, Exz., Stuttgart; Gräfin Westarp, Berlin; Exz. v. Wilanowitz-Moellendorff, Berlin, usw. —

Eine feine Gesellschaft für die Arbeiter der Eisernen Front! So vornehme Leute setzen sich allerdings für Thälmann nicht ein!

Briefwechsel Schöpflin-von Schleicher

Berlin, 23. Februar 1932.

Auf den auch von uns kritisch behandelten Artikel des sozialdemokratischen Abgeordneten Georg Schöpflin gegen den Generalleutnant von Schleicher hat der Angegriffene dem Abgeordneten einen Brief geschickt, der leider zu lang ist, um ihn ganz abdruckend. Er atmet die ganze Kasinoatmosphäre Preußens.

In dem Brief heißt es:

„Ich hätte von Ihnen nach Ihrer langen und intensiven Kenntnis der Dinge annehmen können, daß Sie wissen, daß das Reichswehrministerium, als dessen treibenden Faktor Sie mich ja ansehen, seit seinem Bestehen stets dieselbe Linie verfolgt hat, nämlich die Linie, lediglich dem Staat zu dienen und sich den Interessen keiner Partei dienstbar zu machen.“

Schöpflin antwortete dem General, der gesagt hatte, daß er „Kummer gewöhnt“ sei, mit der hier recht berechtigten Retourkutsche: auch die deutschen Republikaner seien Kummer gewöhnt. Schöpflin macht dann Schleicher für den Nazi-Rekrutierungserlaß verantwortlich und verweist auf des Generals verschiedene Frühstücksgesellschaften.

Schließlich erklärt er, daß er sich nicht in der Lage finde, die sachliche Schärfe des „Vorwärts“-Artikels zu mildern.

*

Das Reichswehrministerium gibt übrigens bekannt, daß es bis zur endgültigen Klärung der aus den Nazi-Uebungen in Döberitz entstandenen Angelegenheit dem von Graf Hellendorf geleiteten „Verein Deutscher Volkssport“ das Betreten des Truppenübungsplatzes Döberitz verboten habe.

*

Das ist, für die Dauer der Reichstags-Session berechnet, ein Zuckerplätzchen für die Sozialdemokraten.

Eine Demonstration

MiBtrauensantrag gegen den polnischen Sejmarschall.

Warschau, 23. Februar 1932.

In der gestrigen Sejm-Sitzung ist es, wie berichtet wurde, zu Zusammenstößen zwischen Abgeordneten des Regierungsblocks und der Opposition gekommen, ohne daß der Sejmarschall Switalski eingegriffen hätte. Sein Verhalten hat die Oppositionsparteien gegen ihn einen MiBtrauensantrag

Rost an der Eisernen Front

SPD-Druckereien werden stillgelegt — Die Proleten müssen beim Arbeitsgericht ihr Recht suchen

Berlin, 24. Februar 1932.

Im Rundschreiben Nr. 40 des Reichsausschusses des Personals der SPD-Betriebe wurde mitgeteilt, daß der Bochumer Betrieb stillgelegt wird und daß die Angestellten des Recklinghauser und Geisenkirchener Betriebes der Konzentration vorsorglich gekündigt wurden. Aus Essen, der Industrie-Metropole, kam die Nachricht, daß dort ebenfalls die Druckerei der SPD geschlossen worden ist. Von dem einstmals sehr großen Personal des dortigen Geschäfts sind nur 5 Kollegen nach Düsseldorf übernommen worden. Am 1. März 1932 soll dann ebenfalls noch der Betrieb in Elbing stillgelegt werden. Was besagen nun diese katastrophalen Stilllegungen für die Arbeiterschaft?

Vor mir liegt das Rundschreiben Nr. 37. Darin schreibt der Vorsitzende des Reichsausschusses u. a.: „Soll es der Partei nicht einmal möglich sein, im Ruhrgebiet mit seinen Millionen von Arbeitern die Zeitungen aufrecht zu erhalten? Ich will dem Genossen Geida, dem Verfasser dieses Rundschreibens, die Antwort geben: Nein,

die SPD ist tatsächlich nicht in der Lage ihre Betriebe im Industriegebiet aufrecht zu erhalten.

weil — die letzte Reichstagswahl besagt es deutlich — die Arbeiterschaft der Tolerierungspartei den Rücken kehrt. Denn anders ist es gar nicht denkbar, daß die einst so starke SPD von der 1. und 2. Stelle der Stimmen jetzt immerhin an die 4. und 5. Stelle gedrückt worden ist. Für unsere Genossen im Industriegebiet bedeuten daher diese Stilllegungen der SPD-Betriebe den Ansporn zu erhöhter Agitation. Es muß jetzt alle Kraft eingesetzt werden, die unzufriedene Arbeiterschaft zu rütteln und zu uns herüberzuziehen!

Noch etwas anderes Interessantes brachte das Rundschreiben Nr. 40. Der

Genosse Geida sollte aus der SPD ausgeschlossen werden wegen parteischädigenden Verhaltens.

Und worin bestand dieses? Nur darin, daß er das Personal über den Stand der sozialdemokratischen Konzentration A.G. und über ihre diktatorischen Machtgelüste der Wahrheit gemäß aufklärte. Der

geradezu ungeheuerliche Lohnabbau

nach dem Muster Brüning'scher Notverordnungen, der Abbau der Leistungszulagen, die unberechtigten Kündigungen usw., usw. — all diese Angelegenheiten durften nicht an die Öffentlichkeit. Der Redaktion unserer Wochenzeitung war einmal über diese Zustände ein Mitteilungsblatt auf den Tisch geflogen, das von ihr veröffentlicht wurde. Wegen dieser Veröffentlichung stellte nun Rupprecht, Geschäftsführer der Konzentration, den Antrag auf Ausschluß Geidas. Nach Besprechungen wurde dieser Antrag aber zurückgezogen. Man sieht deutlich, daß

wahrheitsliebende Menschen in der SPD keine Stätte haben.

Wie es mit der Wahrheitsliebe der Konzentration angestellten aussieht, beweist doch am besten eine Verhandlung vor dem Bremer Arbeitsgericht, wo die Geschäftsführer des Bremer SPD-Betriebes sich vom Gauverwalter der Buchdrucker sagen lassen mußten: „Protokollarisch kann ich nachweisen, daß die Herren Rose und Schulz es mit der Wahrheit nicht genau nehmen.“ Darauf kein Widerspruch von den Genannten. Ein tiefbeschämendes Zeugnis ist es überhaupt, daß ein Arbeiterbetrieb vor ein Arbeitsgericht zitiert werden muß. Aus allen Konzentrationsbetrieben der SPD könnte man gleiche und ähnliche Fälle anführen.

Der Raub an den Invaliden

Die vierte Notverordnung hat mit ein paar Federstrichen elementarste Lebensrechte auch der Invaliden und Rentner beseitigt.

Die Rente einer Witwe setzte sich bisher zusammen aus Unfallrente, Witwenrente und einer Pension aus der Knappschaftsversicherung. In der Gesamtsumme ergab das im Monat 81 Mark. Jetzt kommen die Bezüge der Witwen- und Knappschaftsrente in Wegfall und diese Witwe erhält nur noch 57 Mark Unfallrente pro Monat. Ihr Mann, der durch Unfall den Tod fand, hat also umsonst in die Knappschaftskasse gesteuert.

Eine andere Witwe, deren Mann Staatsarbeiter auf einem Werkstättenbahnhof war, erhielt früher 14,25 Pension aus der Reichsbahnkasse, 23,25 Mark Witwenrente und 15 Mark Wohlfahrt. Insgesamt also 62,50 Mark im Monat. Auch in diesem Falle hat die vierte Notverordnung die Teilrenten in Wegfall gebracht, und dazu noch Abstriche an der Pension gebracht. Die 23,25 Mark Witwenrente sind futsch, vom Wohlfahrtssamt bekommt sie statt 15 Mark nur noch 7,50 Mark und selbst die Pension wurde von 14,25 auf 12,35 Mark gekürzt. Diese Witwe soll also mit 19,85 Mark im Monat ihr Dasein fristen.

Auch vor denen, die ihre gesunden Glieder im Produktionsprozeß eingebüßt haben, hat die Notverordnung nicht haltgemacht.

So erhielt ein Arbeiter mit Frau und drei Kindern, dem infolge eines Unfalles auf dem Schacht ein Bein amputiert werden mußte, einst 134 Mark Rente pro Monat. Für einen hundertprozentig arbeitsunfähigen bestimmt

nicht zuviel, denn außer dem Beinverlust leidet der Betreffende noch an anderen schlimmen Folgen seines Unfalles. Doch die Notverordnung strich auch hier die Teilrenten aus der Knappschafts- und Invalidenversicherung und so erhält dieser Verunglückte jetzt nicht mehr 134 Mark, sondern nur noch 91 Mark im Monat Unfallrente.

Diese Beispiele sind nur einige von den vielen Beweisen. Und es ist das Entsetzliche an allen diesen Fällen, daß es dagegen keinen Einspruch zu erheben gibt. Auf dem Rentenbescheid, der diesen Aermsten die Neuordnung ihrer Bezüge mitteilt, wird ausdrücklich vermerkt, daß Beschwerden zwecklos seien und darauf gar nicht geantwortet werde. Aber nicht allein diejenigen, die jetzt schon bereits um ihre Renten betrogen sind, sondern auch diejenigen, die zukünftig durch Unfall Invalid werden, gehen ihrer wohlverdienten Ansprüche verlustig.

So bekommt ein Bergarbeiter, der beispielsweise 40 Jahre auf dem Schacht arbeitet, 40 Jahre lang Knappschaftsbeiträge abgezogen bekommen hat, und jetzt durch Unfall Invalid wird, nur noch die Unfallrente. Seine Invalidenrente jedoch, für die er ebenso Beiträge hat leisten müssen, bekommt er nicht.

Die Gewissenlosigkeit, mit der sich die SPD-Führer über diese katastrophalen Folgen ihrer Politik hinwegsetzen, wird und muß sich bitter rächen. Und die Anzeichen werfen ihre Schatten schon voraus. Denn die Eisernen Front wackelt. Sie ist hohl, zehrt und lebt nur von Druckerschwärze.

Einer, der genug hat

Ein SAP-Genosse aus Kohlscheid bei Aachen, der Vorsitzender des Ortsvereins des dem Afa-Bund angeschlossenen Deutschen Werkmeister-Verbandes ist, hat an seinen Verbands-Vorstand über die „Eiserne Front“ ein Schreiben gerichtet, das wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Der Genosse teilt zunächst mit, daß seine Ortsgruppe einstimmig den Beitritt zur „Eisernen Front“ abgelehnt habe. Da er aber in der SAZ gelesen habe, daß im Afa-Bund verschiedentlich mit Druck von oben gearbeitet werde, fragt er bei seinem Vorstand an, ob auch dieser einen solchen Druck auszuüben gedenkt. Wörtlich fährt er dann fort:

„Was mich persönlich betrifft, so habe ich zu der Angelegenheit zu bemerken, daß mich auch der eventuelle stärkste Druck des Verbands-Vorstandes nicht zum Einlenken bewegen könnte, selbst wenn die Kollegen des Ortsvereins umkippen sollten. Denn meine Erfahrungen mit „Burgfriedensfront“, „Arbeitsgemeinschaften“, „Ruhrabwehrfront“, „Volksgemeinschaft“ usw. genügen vollauf. Ich habe erkannt, daß alle diese Schwammgebilde dazu da waren, die Arbeiterklasse darüber hinwegzutäuschen, wie aus ihrer Haut Riemen geschnitten wurden, während sie gläubig mitmachte. Und genau so wird es mit dem „Eisernen-Front-Rummel“ werden. Das beweist der Aufruf, der fast restlos aus den

erbärmlichsten Phrasen besteht, ganz deutlich.“

Goerdeler-Bilanz

Zum 1. März wird Herr Goerdeler uns also verlassen und in seine Vaterstadt Leipzig zurückkehren. Es lohnt sich, vor seinem Abschied noch eine kurze Bilanz aus seiner Tätigkeit zu ziehen. Das Ergebnis ist:

Lohnsenkung: 250 Millionen monatlich.

Lohnsenkung: 250 Millionen monatlich.

„Rückvergütung“ durch Preissenkungen: im Januar 120 Millionen, im Februar Verringerung der Rückvergütung auf 80 bis 90 Millionen. Im März weiterer Rückgang zu erwarten.

Mit anderen Worten:

einer Lohnsenkung von durchschnittlich 12 Prozent entspricht ein Rückgang von etwa 5 Prozent.

Das ist das Werk des Herrn Goerdeler, des deutschen Monopolkapitalismus, der Regierung Brüning, und nicht zuletzt der Sozialdemokratie, die im Dezember den Preisabwärtsprechungen gegenüber Glauben heuchelte, um den Lohnabbau rechtfertigen zu können. Herr Goerdeler verschwindet von der Bildfläche, aber damit ist es nicht getan. Die Regierung und das kapitalistische System, die ebenso versagt haben wie er, müssen den gleichen Weg gehen.

Mit Terror gegen Streik

Massenverhaftungen in Dombrowa

TU. Kattowitz, 24. Februar 1932.

Die Lage im Dombrowaer Streikrevier hat sich wenig verändert. Die Polizei hat in Czeladz über 100 Personen verhaftet, die sich an den Kundgebungen beteiligt hatten.

Die Opfer der Kämpfe mit der Polizei sollen am Mittwoch beerdigt werden. Um alle Kundgebungen zu verhindern, sind weitgehende Maßnahmen (1) getroffen worden.

Auf einzelnen Gruben hat die Belegschaft das Grubengelände nicht verlassen und ließ sich von den Familienangehörigen verpflegen.

Die Kommunisten versuchen überall, die Streikenden zu Gewalttätigkeiten zu bewegen (?). Die polnischen sozialistischen Gewerkschaften sind weiter bemüht, den Streik auch auf das ostoberschlesische Revier zu übertragen.

*

Streikbekämpfung mit Arbeiterblut

Warschau, 23. Februar 1932.

Die Streiklage im Kohlenrevier von Dombrowa verschärft sich weiter. Gestern sind alle Gruben von starken Polizeiwachen besetzt worden. Die Kommunisten versuchen, die Arbeiterschaft einzuwirken, die Gruben durch Zurückziehung des Notdienstes zu zerstören. Etwa 1500 Demonstranten versuchten die Grube Saturn zu stürmen. Die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch, wobei zwei Arbeiter getötet und mehrere verletzt wurden.

Von den Verwundeten ist bereits einer seinen Verletzungen erlegen. Die Zahl der Verwundeten soll viel höher sein als amtlich zugegeben wird. Bisher sind vier Todesopfer im Dombrowaer Revier zu beklagen.

Mittelstand beklagt sich

Berlin, 24. Februar 1932

Der Reichsverband des Handwerks und die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels haben in einem gemeinsamen Schreiben an den Reichskanzler Klage über die einseitige Bevorzugung der kartellgebundenen und zollgeschützten Preisbildung gegenüber den schweren Belastungen in den Betrieben des Handels und Handwerks Klage geführt. Das Vertrauen in eine entschlossene Hilfe der Reichsregierung für das mittlere Unternehmertum sei den schwersten Belastungen ausgesetzt.

Es ist anzunehmen, daß diese Beschwerde des Mittelstands der Regierung das gewünschte Stichwort liefern wird, um auch die geringen Preiserhöhungen, die durchgesetzt waren, wieder aufzuheben.

Lichtstreik in Hamburg

Gegen den hohen Strompreis

Hamburg, 23. Februar 1932.

In einer Massenversammlung des Hamburgischen Einzelhandels, an der Vertreter aller mittelständischen Vereine und Verbände teilnahmen, wurde am Dienstagabend einstimmig beschlossen,

ab Donnerstag in den Lichtstreik zu treten, da die Strompreise der Hamburgischen Elektrizitäts-Werke für gewerbliches Licht untragbar seien und infolge der Tarifstaffelung der

Kleinabnehmer gegenüber dem Großabnehmer steuerlich erheblich benachteiligt werde.

Unter den zahlreichen Verbänden, die sich an der Versammlung für die Beteiligung am Lichtstreik erklärten, befinden sich u. a. der Bund der Innungen, der Verband hamburgischer Gewerbe-Vereine, der Zentralverband der Gast- und Schankwirte, der Verband der Lichtspielhäuser sowie die zahlreichen Vereine der verschiedensten Branchen des Einzelhandels, auch die Warenhäuser haben ihre Beteiligung zugesagt.

Der Streik soll so durchgeführt werden, daß jede Außenbeleuchtung unterbleibt. Die Schaufenster werden am Donnerstag gar nicht, dann nur bis 19 Uhr mit etwa einem Viertel der üblichen Stärke beleuchtet. Die Innenbeleuchtung wird nach Möglichkeit auf etwa ein Viertel der üblichen Stärke beschränkt.

Kritik

an der Bankensanierung

Unbegründete Furcht der City

London, 23. Februar 1932

Die Finanzkreise der City sind mit der deutschen Bankensanierung im allgemeinen zufrieden. Sie üben aber Kritik an der Beteiligung des Staates. Das augenblickliche Eingreifen der deutschen Regierung — zum Teil mit Geldern des deutschen Steuerzahlers — sei zwar zur Zeit vielleicht begründet und unvermeidlich, könne aber auf die Dauer nicht gutgehen werden, besonders wenn die verfolgte Politik auf eine Sozialisierung der Banken hinauslaufe und auf die Dauer die Selbständigkeit der Banken untergraben sollte. (Die Herren verkennen die Brüning-Regierung aber arg! Red.)

Kleine Feststellungen

Das „Sächsische Volksblatt“ berichtet ausführlich über den Bezirksparteitag der SPD, der am Sonntag in Zwickau abgehalten wurde. Wie wenig man den Angaben in diesem Bericht Glauben schenken kann, mögen drei kleine Gegenüberstellungen beweisen.

*

Nach dem „Volksblatt“-Bericht hat der jetzige Vorsitzende des SPD-Bezirks, Landtagsabgeordneter Kurt Müller, u. a. gesagt: Die Spaltung hat uns rund ein Fünftel der Vorjahrsmitgliedschaft gekostet. Nur etwa ein Achtel unserer Mitglieder hat der Partei die Treue gebrochen, um sich mit den Spaltern zusammenzusetzen.

In dem den Delegierten gedruckten vorliegenden Geschäftsbericht, der uns in die Hände geraten ist (obwohl sein Inhalt nicht für uns bestimmt war), wird hingegen angegeben, daß der Mitgliederbestand der SPD im Zwickauer Bezirk von rund 16 000 auf rund 12 000 zurückgegangen sei. Wenn man diese Zahlen einmal als wahr hinnehmen würde, so wäre ein Mitgliederverlust von 25 Prozent festzustellen. Die Mitgliederzahl der SAP im Zwickau-Plauerer Bezirk ist jedoch erheblich höher, als von der SPD Verluste zugegeben werden.

*

Der Bezirkskassierer Richard Koch hat nach dem „Volksblatt“-Bericht ausgeführt: Mit Genugtuung könne festgestellt werden, daß die Kasse völlig saniert sei. Er betonte ausdrücklich, daß die SPD nichts zu verheimlichen hätte, sie lege ihre Karten offen aus.

Mit keinem Wort wird im „Volksblatt“ erwähnt, daß der SPD-Bezirk im letzten Quartal des abgelaufenen Geschäftsjahres vom Parteivorstand der SPD einen Zuschuß in Höhe von mehr als 19 700 Mark erhalten hat, wie im Geschäftsbericht für die Delegierten nachzulesen ist. Nur so war es der SPD möglich, ihre Kasse zu „sanieren“.

*

Landtagsabgeordneter Kurt Müller führte nach dem „Volksblatt“-Bericht auch aus: Die Spalter waren sehr eilig, zu betonen, sie wollten einen sachlichen Kampf führen. Er begann mit einer Fülle von Unwahrheiten und unsachlichen Verdrehungen.

Wie es mit der Sachlichkeit der SPD bestellt ist, möge der folgende Absatz aus dem „Volksblatt“-Bericht über unseren Bezirksparteitag beweisen, mit dem das Konglomerat von Verdrehungen und Beschimpfungen abgeschlossen wird: Eine ältere Frau, die in den gestrigen Vormittagsstunden am Saalgebäude des Tagungsorts vorüberkam, fragte, ob der eigenartigen Geräusche im Saal, einen ihr begegnenden Genossen von uns, ob denn schon wieder ein Boxkampf sei! Die harmlose Frau konnte selbstverständlich nicht wissen, daß justemum M.S. drinnen im Saal im Brustton innerlichster Ueberzeugung sein politisches Referat hielt!

Trotzki, der Heimatlose

Kuraufenthalt bei Prager Regierung nachgesucht

CNB, Prag, 23. Februar 1932.

Wie die Blätter melden, hat sich heute der Ministerrat mit dem Gesuch Trotzki's befaßt, in dem er um die Erlaubnis bittet, sich für drei Monate in einem tschechoslowakischen Bad aufhalten zu dürfen. Den Blättern zufolge soll sich die Mehrzahl der Ministerratsmitglieder dem Gesuch gegenüber nicht ablehnend verhalten haben, jedoch ist bisher noch keine Entscheidung gefallen.

63 Prozent Kollektivbauern

TU, Moskau, 24. Februar 1932.

Am Dienstag ist in Moskau eine Tagung der Kollektivwirtschaften eröffnet worden, die über die Erhöhung der Ernteerträge beraten soll. Wie der Vorsitzende der Zentralbehörde der Kollektivwirtschaften in seiner Eröffnungsansprache hervorhob, sind zur Zeit über 16 Millionen Bauernwirtschaften kollektivistisch zusammengefaßt, was einem Verhältnis von 62 bis 63 vH. aller bäuerlichen Wirtschaften entspricht.

Elli Beinhorn in Surabaja gelandet

Berlin, 24. Februar 1932

Die Asienfliegerin Elli Beinhorn hat gestern nachmittag das Endziel ihres Fluges nach Niederländisch-Indien erreicht. Sie ist mit ihrem Klemm-Argus-Flugzeug D 2160, von Bandoeng kommend, in Surabaja an der Südspitze von Java nach vierstündigem Flug über die Urwälder Mittel-Javas gelandet. Damit hat die Fliegerin ihr vor dem Abflug in Berlin gestecktes Ziel erreicht, wohin sie als erster deutscher Sportflieger überhaupt gelangte. Elli Beinhorn wird nunmehr einige Zeit in Surabaja bleiben und von dort aus einige Flüge auf die umliegenden Inseln unternehmen.

... immer noch das beste Geschäft. Aus dem Testament des am 25. Januar verstorbenen „Kaugummikönigs“ William Wrigley geht hervor, daß er ein Vermögen von über 20 Millionen Dollars hinterlassen hat.

KJV mit Polizei gegen Jungarbeiter

Jungarbeiter antworten durch Eintritt in den SJVD Größte Jugendversammlung seit Jahren

Berlin, 24. Februar 1932.

Zu einer vernichtenden moralischen Niederlage der „revolutionären“ KJV gestaltete sich die öffentliche Jungarbeiterversammlung des SJVD Groß-Berlin am Dienstag in Kliems Festsälen in der Hasenheide.

1500 Berliner Jungarbeiter füllten den großen Saal. Seit Jahren hat keine Jugendorganisation Berlins es gewagt, im drittgrößten Saale der Stadt eine solche Versammlung durchzuführen.

Bereits vor Beginn der Versammlung teilte der überwachende Polizeioffizier mit, die Versammlung sei

wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen!

Spielleute und Hornisten leiteten mit schmetternden Signalen die Versammlung ein. Der KJV unternahm sofort einen Sprengungsversuch, indem er mit Hochrufen auf Thälmann und Sprechchören die anwesenden Jungarbeiter zu provozieren suchte.

Genosse Willy Krefmann eröffnete die Versammlung mit der Aufforderung, die Veranstaltung mit größter Sachlichkeit durchzuführen. Der SJVD habe nicht die Absicht, seine Versammlungen zum Tummelplatz der kommunistischen Bürokratie machen zu lassen. Wenn sich unter der Versammlung Elemente befinden sollten, die nicht die Absicht haben, eine proletarische Versammlung mit proletarischer Disziplin durchzuführen, so würden sie es sich selbst zuschreiben müssen, wenn der Sozialistische Schutzbund für die Ruhe im Saale sorgen würde.

Mit Johlen und Geschrei dokumentierte der KJV seine „proletarische Disziplin“. Das Geschrei steigerte sich noch, als Genosse Krefmann die Erfolge der Werbekampagne des SJVD in den letzten 14 Tagen bekanntgab:

23 Genossen aus der SAJ, 9 indifferente Genossen und 12 Uebertritte aus dem KJVD!

Dieser Erfolg des SJVD ist die Antwort auf die Flugblättchen des KJV, dem angeblich die SJVD-Genossen „in Scharen“ zuströmen.

Durch sein unproletarisches Verhalten hat der KJV Berlin es verwickelt, sich als Führer des Jungproletariats zu bezeichnen. Terror ist kein Beweis für politische Stärke. Das Geschrei politisch unaufgeklärter, verzerrter Mitläufer muß die beste Kräfte des Jungproletariats abstoßen und sie eingliedern in die proletarische Klassenfront! Nicht Parteifront, sondern Klassenfront ist die revolutionäre Losung des Jungproletariats!

Dann sprach Genosse

Klaus Zweiling.

In einem grundlegenden Referat entwickelte er die Ursachen der kapitalistischen Krise und ihre Auswirkung auf das Jungproletariat. Eine eingehende Darstellung der Taktik des Reformismus und der erfolglosen Isolierungstaktik der KPD gab einen Ueberblick auf die Lage der proletarischen Klasse in der Gegenwart.

Es ist das Gebot der Stunde, das Werk zu vollbringen, das die KPD in 14 Jahren nicht vollbringen konnte:

die Loslösung der Massen vom Reformismus und ihre Aktivierung zum revolutionären Kampf.

Voraussetzung dazu ist die Mobilisation der Masse für ein naheliegendes gemeinsames Ziel, das jedem Arbeiter klar ist. Deshalb fordern wir die Einheitsfront gegen Lohnabbau, politische Entrechtung und drohenden Faschismus. Vom ersten Schritt der revolutionären Einheit wird die Entwicklung des gemeinsamen Kampfes sich steigernd siegreich durchsetzen bis zum letzten revolutionären Endkampf, der proletarischen Revolution.

Als Genosse Zweiling die Taktik Lenins in der russischen Revolution schilderte, der zur Bewältigung der gestellten revolutionären Aufgaben ebenfalls weitschauend Bolschewiki und Sozialrevolutionäre zum einheitlichen Kampf zusammenführte, um so die Massen der Sozialrevolutionäre von ihrer Führung isolieren zu können, wenn die Führung zu sabotieren anfing, da

riefen „aufgeklärte“ Jungkommunisten dazwischen „Lüge“, „Verleumdung“!

Diese kommunistische Kenntnis der russischen Revolutionsgeschichte rief einen wahren Sturm an Heiterkeit hervor.

Allerdings wurde die Absicht des KJV, die sachliche Diskussion, die ihnen zu grundlegend war, aufzulösen zu lassen, nun immer deutlicher. Dennoch setzten sich der Versammlungsleiter und der Redner bis zum Schluß des Referats durch. Als Genosse Zweiling nach einem wahren Beifallssturm geschlossen hatte und Genosse Krefmann dem ersten Diskussionsredner, dem Genossen Spieker vom Leninbund, das Wort gab,

setzte die kommunistische Regie mit allen Mitteln ein.

Sprechchöre, Trillerpfeifen, Geheul unterbrach den Redner; kommunistische Funktionäre kletterten auf Tische und auf die Rednerbühne und versuchten Ansprachen zu halten. Als Regisseur des Radaus bewährte sich von neuem Max Becker, der „Reichstagsabgeord-

nete des revolutionären Jungproletariats“.

Im Augenblick aber waren die Provokateure heruntergeholt.

Schutzbundketten sperrten die tobende Meute ab. Die KJV-Bürokratie erfuhr, daß die Zeiten vorbei sind, in denen sie die Sprengung proletarischer Versammlungen wagen konnten.

Da griffen sie zum letzten, niederträchtigsten Mittel des Klassenverrats: sie provozierten das Einschreiten der Polizeibeamten Severings!

Auf die Drohung des überwachenden Offiziers, die Versammlung aufzulösen, wenn nicht Ruhe eintreten würde, verdoppelten sich Sprechchöre und anfeuernde Rufe, Pfeife und Geschrei — man erreichte das gestellte Ziel:

der Polizeibefehlshaber erklärte die Versammlung für aufgelöst und gab das Zeichen zur Räumung des Saales!

Ein tausendstimmiges „Pfui!“ klatschte den erbärmlichen KJ-Strategen um die Ohren.

Genosse Krefmann erklärte:

„Durch die Provokation des KJV ist die Versammlung polizeilich gesprengt!“

Ein tausendstimmiges Hoch auf den Sozialistischen Jugendverband dröhnte auf und die Internationale übertönte das Geschrei des KJV, der wie ein geschlagenes Heer durch die starren Kordons des Schutzbundes abzog, dessen musterhafte Disziplin und Aktionsfähigkeit selbst im ärgsten Tumult nicht einen Augenblick verloren ging.

*

Dieser Ausgang der Versammlung wurde

Heraus zum Massenkampf für die rote Klassenfront!

Einheitsfront der Breslauer proletarischen Jugend

Breslau, 23. Februar 1932.

Im Dezember des vergangenen Jahres hatte sich in Breslau eine Aktionsgemeinschaft der proletarischen Jugend gebildet, in der die acht größten Breslauer Jugendorganisationen vertreten waren mit Ausnahme der zahlenmäßig sehr schwachen Organisationen des KJVD und der SAJ. Diese Gründung hatte bei der Jugend einen ungeheuren Widerhall gefunden. In der ersten wuchtigen Kundgebung gegen den Faschismus waren über 1500 Jugendliche erschienen, und die Freie Gewerkschaftsjugend, die sich zuerst angeschlossen, dann aber unter dem Druck des Ortsausschusses die Beteiligung abgesagt hatte, konnte nicht verhindern, daß drei ihrer stärksten Gruppen, nämlich die Metallarbeiter-, Holzarbeiter- und Nahrungsmittelarbeiterjugend sich geschlossen mit ihren Fahnen an der Kundgebung beteiligten.

Inzwischen ist die Aktionsgemeinschaft weiter vorgestoßen. Sie gibt nunmehr in 14tägiger Folge ein Mitteilungsblatt heraus, und sie hat einen weiteren großen Schritt zur Schaffung einheitlicher Abwehrformationen getan. In einem von allen angeschlossenen Organisationen herausgegebenen Flugblatt werden alle Breslauer proletarischen Jugendlichen aufgefordert, sich unter Zurückstellung ihrer Parteinteressen in die Reihen des Schutzbundes und der Sportlerstaffel einzugliedern.

In den kommenden Tagen ruft diese Aktionsgemeinschaft erneut zu einer großen Versammlung in Breslaus größtem Saale mit dem Thema „Rote Front oder Eisenerne Front?“ auf. Dies ist aber erst der Auftakt zu der Mitte März stattfindenden Jugendkonferenz, in der endgültig das Kartell beschlossen werden soll. Der Sinn dieser Konferenz ist der, in weitgehendstem Maße die jugendlichen Arbeiter in revolutionärem Sinne wachzurütteln zu diesem Zweck und zur Durchdringung der Massen sind für diese Konferenz Wahlen ausgeschrieben worden, in denen die Delegierten bestimmt werden. Diese Wahlen finden nicht nur — wie es selbstverständlich ist — in den angeschlossenen Organisationen statt, sondern an allen Stellen, wo Jugendliche zusammenkommen, wird nach einem genau ausgearbeiteten Organisationsplane die Wahl vorgenommen. In allen Jugendorganisationen der Gewerkschaften, an den Stempelstellen, in den Betrieben, in den Berufsschulen, bei den Schüler- und Studentenorganisationen, bei KJVD und SAJ wird zu Wahlen aufgerufen und überall, wo der Vorstand oder die Mehrheiten der Organisationen sich gegen die Beteiligung an der Konferenz wenden sollten, werden den Minderheiten Delegierte zugestanden. Bereits jetzt wird in allen Kreisen der Jugend dieser Gedanke aufs stärkste diskutiert. Der Sinn, die Massen der Jugend aufzurütteln, dürfte durch diese Konferenz erfüllt werden.

zu einer furchtbaren moralischen Niederlage des KJV.

Die mit dem Gummiknüppel vorgehende Polizei im Rücken, eingesetzt durch Schuld der „Kommunisten“.

erklärten vier Jungarbeiter spontan ihren Eintritt in den Sozialistischen Jugendverband!

Die Saalräumung gestaltete sich zu einem Speibruhläufen der KJ, der das Wort „Klassenverräter!“ tausendfach entgegenschrie; ehrliche Jungkommunisten schrien in Erbitterung und Beschämung auf ihre eigenen „Genossen“ ein.

Und draußen standen die Polizeimannschaften mit geschwungenem Gummiknüppel zur Unterstützung des kommunistischen „Klassenkampfes“ bereit...

*

Das Vorgehen der Polizei verdient eine eigene Bemerkung.

Der SJVD wäre völlig in der Lage gewesen, die etwa 300 Mann starken Jungkommunisten, von denen viele das Treiben angeekelt nicht mitmachen, in Schach zu halten. Die Versammlung wäre in voller Ruhe zu Ende geführt worden.

Trotzdem war man natürlich nur zu gern bereit, die kommunistische Provokation aufzugreifen, um die Jungarbeiter auseinanderzutreiben. Man beobachtete Beamte, die mit mehr als notwendiger Energie die Saalräumung zu beschleunigen suchten.

Aber für den SJVD gilt nur eine Parole: Jetzt heran an die Massen der proletarischen Jugend! Der „23. Februar bei Kliems“, der die KJ in Einheitsfront mit der Severingpolizei sah, muß zur Massenagitation unter der Jungarbeiterschaft benützt werden!

An die Stelle der Leitungen treten die Mitglieder und die Wähler.

Das ist die große Aufgabe, die auch erreicht werden wird. Mögen andere Ortsgruppen bei Reiche nicht nur bei der Jugend, sondern bei der gesamten Arbeiterschaft folgen. Dann werden die Aktionsausschüsse bald gebildet sein.

Gärung in England

Arbeitslosenkundgebungen mit üblicher Polizeiattacke

Bei einer großen Arbeitslosenkundgebung in Bristol, an der 6000 Personen teilnahmen, kam es zu ersten Zusammenstößen mit der Polizei. 30 Menschen, darunter ein Polizeioffizier und eine Frau, wurden verwundet. Die Menge trieb die Polizisten, die die Erwerbslosen an dem Marsch zum Rathaus hindern wollten, zurück, so daß diese ihre Knüppel anwenden mußten, wobei heftige Kämpfe um die mitgebrachten roten Fahnen entstanden.

In Liverpool mußte die Polizei gegen Erwerbslose vorgehen, die die Verhaftung von 21 Personen verhindern wollten.

In Anschluß an eine große Kundgebung im Londoner Hyde-Park kam es ebenfalls zu Zusammenstößen zwischen Erwerbslosen und der Polizei. Die Menge versuchte, zum Platz vor dem Parlament vorzudringen. Auf ein Raketen-signal hin erschien plötzlich eine Anzahl von Detektiven, berittene und sonstige Polizei und vertrieb die Menge, die es aber erreichte, daß eine Abordnung von acht Arbeitslosen im Unterhaus vorgelassen wurde, wo sie Besprechungen mit dem Führer der Opposition, Lansbury, und dem sozialistischen Abgeordneten Buchanan hatte.

*

850 Millionen Mk. Fehlbetrag

London, 24. Februar 1932.

Am 20. Februar stellte sich der Fehlbetrag im englischen Staatshaushalt auf 58 596 035 Pfund (rund 850 Millionen RM.) gegenüber 76 164 435 Pfund zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die gesamte schwebende Schuld beträgt 579 310 000 Pfund, was gegenüber dem 1. April 1931 eine Abnahme von 15 015 000 Pfund bedeutet.

Polnische Klassenjustiz gegen revolutionäre Propaganda

Katowitz, 24. Februar 1932

Das Kreisgericht in Sosnowitz hat den 19 Jahre alten Schejd Herbet, der dem Kommunistischen Jugendverband angehört, wegen Verbreitung kommunistischer Flugblätter zu vier Jahren schweren Kerkers verurteilt.